

1926-1927

# Technik und Kultur

VD  
DI

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES  
DEUTSCHER DIPLOM-INGENIEURE

VD  
DI

~~11264/III er.~~

SCHRIFTFLEITER: Dipl.-Ing. CARL WEIHE

## 18. JAHRGANG 1927



~~4748~~



# Technik und Kultur

**VD** ZEITSCHRIFT DES VERBANDES **VD**  
**DI** DEUTSCHER DIPLOM-INGENIEURE **DI**

SCHRIFTFLEITER: CARL WEIHE, PATENTANWALT, FRANKFURT A. M.

HEFT 1

BERLIN, 15. JANUAR 1927

18. JAHRGANG

## Diplom-Ingenieur-Tagung 1926

Die öffentlichen Tagungen, in deren Rahmen die satzungsgemäßen Ausschußtagungen stattfinden, wurden nach dem Kriege eingeführt, und zwar erstmals 1921, wo die Tagung im Herzen des Industriegebietes an der Ruhr — in Essen — stattfand. Der Erfolg der Essener Tagung und ihre Auswirkung für die Belange des Diplom-Ingenieur-Standes führten zu dem Beschluß, nach Möglichkeit jährlich derartige Tagungen zu veranstalten. Dabei wurde als wünschenswert erachtet, daß die Tagungen entweder in Industriestädten oder Städten mit Technischen Hochschulen abgehalten werden.

Der Tagung in Essen folgte 1922 eine Tagung in Braunschweig in Verbindung mit der dortigen Technischen Hochschule. Auf diese wohlgelungene Tagung warf die beginnende Inflation schon ihre Schatten, und die Inflation verhinderte im folgenden Jahre (1923) die geplante Tagung in Hamburg, zu der Vorbereitungen schon im Gange waren.

So konnte die dritte Tagung erst 1924 stattfinden. Der Bezirksverein Darmstadt hatte es verstanden, diese Tagung 1924 in Darmstadt vorbildlich aufzuziehen und namentlich die Studentenschaft dafür zu begeistern. Auf Darmstadt folgte die in Verbindung mit der Technischen Hochschule groß angelegte und glänzend verlaufene Tagung in München 1925.

Nach fünfjähriger Pause sollte nun 1926 der Verband wieder im größten Industrieviertel Deutschlands tagen. Dazu wurde die Stadt Dortmund, die bedeutendste der westfälischen Industriestädte, ausersehen. Die Erwartungen, welche in diese Tagung gesetzt worden waren, haben sich dank der Vorbereitungen durch den Bezirksverein Dortmund mehr als erfüllt. Über den allgemeinen Verlauf dieser Tagung ist bereits berichtet\*). Hier soll durch Wiedergabe der Reden und Vorträge nur auf die Öffentliche Tagung am 19. September 1926 eingegangen werden.

Diese Tagung fand bei sehr zahlreicher Anteilnahme seitens der Diplom-Ingenieure aus nah und fern sowie der Behörden und Körperschaften in dem berühmten Alten Rathaussaal der Stadt Dortmund von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr statt.

### I.

#### Eröffnung

Der Verbandsvorsitzende, Herr Geheimer Regierungsrat Dipl.-Ing. Fr. Romberg, o. Professor der Technischen Hochschule Berlin, eröffnete die Tagung mit folgender Ansprache:

„Hochansehnliche Versammlung!

Ich eröffne die heutige Tagung unseres Verbandes mit freundlicher Begrüßung der erschienenen Mitglieder. Aus Ost und West, Süd und Nord sind Sie freudig herbeigeeilt, um mit uns zusammen zu raten und zu taten und eine festliche Stunde zu erleben.

Ich begrüße herzlichst die Vertreter unserer Bezirksvereine aus der Ostmark, vor allem aus Danzig, ferner aus Königsberg und Breslau; ganz besonders auch den Herrn Vertreter aus dem Saarrevier, der gleichfalls hier erschienen ist. Über Ihre Anwesenheit freuen wir uns aufrichtig, weil Sie die Mühen und den Weg nicht gescheut haben, um in treudeutscher Gesinnung und in zähem Festhalten am Mutterlande in unserer Mitte zu weilen.

Ich begrüße weiter dann den lieblichen Kranz von Damen, die neben der Sonne, die uns so fröhlich lacht, das Fest gleichfalls mit verklärendem Schimmer umgeben.

Wir haben auch die Freude, eine Reihe von Ehrengästen in unserer Mitte zu sehen. Ich begrüße insbesondere den Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund, unserer Gastgeberin sozusagen, Herrn Stadtrat Dr.-Ing. Jucho. Wir sind der Stadt Dortmund sehr dankbar für die außerordentliche Gastlichkeit, mit der sie uns hier aufgenommen hat.

Ich begrüße ferner die Vertreter der Wissenschaft, die Herren Rektoren der Technischen Hochschulen und der Bergakademien, insbesondere S. Magn. den Herrn Rektor der Bergakademie in Freiberg, ferner S. Magn. den Herrn Rektor der Bergakademie Clausthal, endlich den Herrn Vertreter S. Magn. des Herrn Rektors der Technischen Hochschule Hannover, Wir freuen uns sehr, auch in unserer Mitte zu sehen S. Magn. den Herrn Rektor der Universität Münster, der Hochschule Westfalens.

\*) Technik und Kultur, Oktoberheft 1926.

Ich habe weiter die Ehre, zu begrüßen den Herrn Berghauptmann des Oberbergamts Dortmund, den Vertreter der Industrie- und Handelskammer in Dortmund, endlich den Herrn Vertreter der Reichsbahndirektion Essen.

Auch unser junger Nachwuchs ist erfreulicherweise hier vertreten. Ich begrüße den Vertreter der Deutschen Studentenschaft gleichfalls aufs wärmste.

Endlich habe ich noch Vertreter einer Reihe von Verbänden zu begrüßen u. a. vom Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine, vom Verband Deutscher Patentanwälte und vom Schutzkartell Deutscher Geistesarbeiter.

Alle unsere Herren Gäste heißen wir herzlich willkommen. Wir danken Ihnen namentlich für das große Interesse, das Sie an unserer Tagung und an unserem Stande nehmen. Wir werden uns freuen und glücklich schätzen, wenn dieses Interesse die reichste Befriedigung findet.“

## II.

### Ansprachen

Der Herr Verbandsvorsitzende erteilte nach seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache das Wort Herrn Stadtrat Dr.-Ing. Jucho, dem Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie der Industrie- und Handelskammer.

Herr Dr.-Ing. Jucho führte aus:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Oberbürgermeister der Stadt Dortmund bedauert es auf das lebhafteste, daß es ihm unmöglich ist, an dieser Tagung teilzunehmen. Er hat mich gebeten, Sie, meine verehrten Damen und Herren vom Verbands Deutscher Diplom-Ingenieure in Dortmunds Mauern willkommen zu heißen. Dieser Aufgabe unterziehe ich mich um so lieber, als sie mir die Möglichkeit gibt, Ihnen gleichzeitig die Wünsche und Grüße der Wirtschaft unseres Bezirks zu übermitteln, wobei ich mir gestatten möchte, kurz auf das gemeinsame Interesse hinzuweisen, das städtische Wirtschaft und freie Wirtschaft an Ihren Bestrebungen nehmen. Befürchten Sie nicht, daß ich bei meinen Ausführungen Herrn Oberfinanzrat Dr. Bang sozusagen sein Konzept verderben könnte. Das kann mir aus dem einfachen Grunde nicht passieren, weil ich als Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Dortmund keine Ausführungen machen möchte, die ich als Magistratsmitglied nicht gerne hören möchte.

Sie sind in diesem Jahre zu uns in das Industriegebiet gekommen, um hier Ihre Tagung abzuhalten. Sie finden dieses Gebiet in der denkbar schwierigsten Lage vor, einer Lage, unter der ein großer Teil Ihrer Mitglieder ganz besonders schwer zu leiden hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist im hiesigen Gebiet erschreckend groß und auch in letzter Zeit nur sehr wenig zurückgegangen. Von allen Arbeitslosen leiden wohl am meisten die Geistesarbeiter. Neben stellungslosen Kaufleuten werden im Industriegebiet naturnotwendig vornehmlich Ingenieure aller Stufen der Vorbildung und des Alters hiervon betroffen. Aber ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß sowohl die Verwaltung der Großstädte des Reviers als auch

die in Frage kommenden Wirtschaftskreise bemüht sind, hier Linderung zu schaffen, soweit solches bei der katastrophalen Lage möglich ist. Zum Glück macht sich sowohl im übrigen Deutschland als auch vornehmlich im Industriegebiet dank der Auswirkung des englischen Bergarbeiterstreiks allmählich eine Belebung der Wirtschaft bemerkbar. Und wir hoffen, daß diese Belebung sich so stark entfalten wird, daß selbst bei dem in Aussicht stehenden Ende des Bergarbeiterstreiks wir nicht wieder in die Stagnation zurückfallen, die im Beginn des Jahres uns mutlos gemacht hat. Dazu sollen vor allen Dingen auch die großen Aufgaben beitragen, die Reich, Länder und Gemeinden zur Belebung der Wirtschaft in Angriff genommen haben. Damit eröffnet sich auch für Ihre Kreise die Möglichkeit einer Besserung der heute so trostlosen Verhältnisse. Wenn wir den Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft nach dem Umsturz in wesentliche, große Zeitabschnitte einteilen, so scheint es mir, daß wir den ersten Abschnitt hinter uns haben. Er war infolge der Tatsache, daß während des Krieges der Wohnungsbau ganz geruht hat, aber auch unter dem Einfluß politischer Umschichtung vornehmlich der Errichtung neuer Wohnstätten und Anlagen, die der körperlichen Ertüchtigung und der Erholung dienen sollten, gewidmet. Über die Zweckmäßigkeit des Vorgehens bei Lösung dieser Aufgaben und den Umfang der Mittel, die diesen Aufgaben zugewendet wurden, will ich mich hier nicht äußern. Ich erwähne sie nur, um darauf hinzuweisen, daß der Ingenieur hierbei gegenüber dem Architekten stark zurücktreten mußte, wobei ich nicht verkennen will, daß auch der freischaffende Architekt nicht in dem Maße sich hat betätigen können, wie wir Ingenieure es ihm von Herzen gewünscht hätten. Dieser erste große Abschnitt im Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft scheint mir bis zu einem gewissen Grade beendet oder seinem Ende nahe zu sein. Die große Erwerbslosigkeit und die Tatsache, daß ein verarmtes Volk sich vornehmlich der Schaffung verbender Anlagen hingeben muß, hat es mit sich gebracht, daß große Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsregierung in erster Linie sich mit solchen Aufgaben befaßt haben, die dem Wiedererstarren der Wirtschaftskraft dienen sollen, wobei ich nicht weiter erörtern will, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, erst das wirtschaftliche Rüstzeug zu schaffen und mit Hilfe dieses Rüstzeuges ohne die schweren Erschütterungen unserer gesamten Wirtschaft dann die kulturellen und ideellen Aufgaben zu lösen. Aber eines, und das ist das Erfreuliche für Sie, meine Herren, steht bei mir fest: der Ingenieur tritt wieder an die ihm gebührende Stelle im Wirtschaftsleben. Das gilt ganz besonders für den durch einen gewissenhaft abgeschlossenen Studiengang vorgebildeten Ingenieur. Die Aufgaben, die er hat, sowohl im Staat als auch in der Kommune und in der freien Wirtschaft, sind unendlich groß. Wenn wir im Reich unsere Verkehrswege, unsere Wasserstraßen aufbauen wollen, dann bedürfen wir Ihrer Mithilfe. Wenn die Städte, namentlich Großstädte, ihre Straßenbahnen, ihre Schnellbahnen und Straßen ausbauen wollen, sind wir auf Sie angewiesen. Der Ausbau der Elektrizitätswerke, der Gaswerke, die Schaffung großer Anlagen zur Belieferung der Industrie mit billigem Gas für Feuer-

ungszwecke, die Anlage großer Fernheizwerke sind ohne den wissenschaftlich vorgebildeten Ingenieur nicht lösbar. In der freien Wirtschaft liegen die Verhältnisse ebenso. Ich brauche nur die Worte Rationalisierung, Typisierung, Fließarbeit auszusprechen, um anzudeuten, was ich meine. Aus der Tatsache, meine Herren, daß diese Aufgaben nunmehr in den Vordergrund des Interesses unserer Volkswirtschaft überhaupt treten, entnehme ich zweierlei. Erstens erscheint sie mir als ein Zeichen wirklicher Gesundung unseres Volkes überhaupt. Denn schließlich ist eine kulturelle Weiterentwicklung nur möglich, wenn sie auf dem Boden des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes aufgebaut ist. Zweitens glaube ich, daß Ihnen, meine Herren, bei der Lösung dieser Aufgabe die ausschlaggebende Rolle zufallen wird. Zu diesen Aufgaben beglückwünsche ich Sie. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß Staat, Land und Gemeinde dies anerkennen und danach handeln mögen; mit andern Worten: stellt den Ingenieur und nur den Ingenieur vor technische Aufgaben, er wird sie euch schon lösen. Meine Herren, in der Ernennung des Herrn Dorpmüller zum Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft erblicke ich ein Zeichen dafür, daß diese Erkenntnis nicht mehr aufzuhalten ist. Sie ist für mich mehr als eine Zufallserscheinung; sie ist ein Symptom dafür, daß in der deutschen Volkswirtschaft wieder nach sachlichen und nicht nach anderen Gesichtspunkten verfahren wird. Geschieht das aber, dann wird dem Ingenieur es nicht mehr mangeln an Arbeit; er wird wieder in der ersten Reihe derjenigen Männer stehen, die befähigt und willens sind, Deutschland wieder aufzubauen. Daß diese Zeit recht bald anbrechen möge, wünschen wir Ihnen von ganzem Herzen.“

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Herrn Dr.-Ing. Jucho ergriff als Vertreter der Technischen Hochschulen Herr Geheimer Regierungsrat Dr.-Ing. A. Nachtweh, o. Professor der Technischen Hochschule Hannover, das Wort:

„Meine hochverehrten Damen und Herren!

Sie haben die Liebenswürdigkeit gehabt, durch Ihren Herrn Vorsitzenden die hier anwesenden Vertreter der Wissenschaft in herzlicher Weise zu begrüßen. Wir sind Ihrer Einladung zur Tagung gern gefolgt, und ich habe den Auftrag, im Namen meiner eigenen Hochschule und der Bergakademien Clausthal und Freiberg den allerherzlichsten Dank für die freundliche Einladung auszusprechen.

Wir Technischen Hochschulen sind diejenigen, die die Diplom-Ingenieure schaffen, und es wäre ein Unding, wenn wir der Entwicklung Ihres Verbandes und den großen Fortschritten desselben nicht die größten Sympathien entgegenbrächten, und so darf ich Ihnen von Rektor und Senat der drei hier vertretenen Hochschulen zu Ihrer Tagung unsere besten Glückwünsche übermitteln und die Sympathien von Rektor und Senat hier aussprechen.

Wenn ich nun persönlich mit ganz wenigen Worten auf meine Beziehungen zu Ihrem Verband eingehe, so möchte ich nur ganz kurz erwähnen, daß ich die Gründung des Verbandes mitgemacht und viele Jahre Vorsitzender des Hannoverschen Bezirksvereins gewesen bin. So darf ich ganz persönlich noch

zum Schlusse Ihrem Verbands, dessen Entwicklung ich gewissermaßen von Kindesbeinen an mitgemacht habe, die besten Wünsche für die weitere Zukunft übermitteln und meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß ich beauftragt worden bin, an Ihrer Tagung teilzunehmen. Und ich freue mich, daß ich von Ihrer diesjährigen Tagung doch den Eindruck mit nach Hause nehme, der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure ist auf dem besten Wege, sich weiter zu entwickeln und die Vertretung aller akademisch gebildeten Ingenieure zu werden, deren Zusammenschluß uns bitter not tut.“

Die Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall. Die folgende Ansprache hielt S. Magn. der Herr Rektor der Universität Münster i. W., Dr. Hoffmann, der etwa folgendes ausführte:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir als zeitigem Rektor der Universität Münster eine besondere Freude und Ehre, an Ihrer Tagung teilnehmen zu dürfen und Ihnen die Wünsche meiner Universität zu Ihren Verhandlungen auszusprechen, die zu einem ganzen Erfolge führen mögen. Wir hoffen, daß gerade die Beziehungen zwischen Ihnen und uns sich inniger gestalten werden. Es ist bereits seitens des Herrn Vertreters der Stadt Dortmund, eines Mannes der Wirtschaft, ausgesprochen, was die Gegenwart vom deutschen Ingenieur erwartet. Er ist berufen, der Führer unseres Wirtschaftslebens zu sein und den Aufbau unseres Volkes, unserer Wirtschaft durchzuführen. Und da ist gerade aus Ihrem Kreise heraus die Frage aufgeworfen worden, ob sich für diese großen und erweiterten Aufgaben etwa auch die Ausbildung des Ingenieurs erweitern und vertiefen läßt. Gestern haben Sie über diese Ausbildungsfrage der Diplom-Ingenieure verhandelt, und sie ist von Ihrer Presse seit Jahren lebhaft erörtert und nicht zur Ruhe gekommen. Sie wissen selbst, welche beiden Fragen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Die Frage war, ob es möglich sei, unsere Technischen Hochschulen derart auszubauen, daß sie den erweiterten Kenntnissen, die heute gefordert werden, genügen, oder ob man den Versuch machen solle, nach dem Vorbild des Auslandes, Amerika, Belgien, England, technische Abteilungen an die Universitäten anzugliedern, eine Frage, die gerade in diesem Jahre wieder erörtert wird. Nun, ich würde nicht sagen: Entweder — oder, sondern: Sowohl als auch. Es ist unzweifelhaft, daß die Technischen Hochschulen selbst die Möglichkeit bieten, noch erweitert zu werden durch Angliederung von Fächern, die dem Ingenieur eine vertiefte Allgemeinbildung vermitteln. Aber gewiß ist es schwierig, das an allen Technischen Hochschulen durchzuführen. Und so sollte der Gedanke erwogen werden, ob nicht an den Universitäten, die gerade in diesen allgemeinen Fächern schon alles das bieten, was gefordert werden muß, technische Abteilungen anzugliedern sind. Es ist in weiteren Kreisen, die durch die Wirtschaft vertreten werden, wohl die Empfindung vorhanden, daß die Trennung der technischen Fächer von den Universitäten nicht ein besonders glücklicher Schritt gewesen wäre. Ich will nicht die Universitäten freisprechen von der Schuld an dieser Trennung, aber wenn es möglich sein sollte, Univer-

sität und technische Fächer wieder in engste Föhlung zu bringen, wörfte das im Interesse der wissenschaftlichen Ausbildung der Ingenieure nur begrüßt werden können. Und ich hoffe, daß, wie es bereits der Herr Kultusminister ausgesprochen hat, sowohl die Technischen Hochschulen erweitert werden können, als auch eine Angliederung von technischen Fächern bei den Universitäten versucht werden möge. Ich kann es aussprechen, daß die Universität Münster, bei der alle Bedingungen für eine solche Angliederung gegeben sind, sich freuen wörfte, wenn es gelänge, diesen Gedanken zur Durchführung zu bringen. Seien Sie überzeugt, daß wir alles tun werden, dem Ingenieur das zu vermitteln, was die gegenwärtige Zeit fordert.

So darf ich die Grüöe der Universität Münster verbinden mit dem Wunsche, daß Ihnen und uns eine gemeinsame Arbeit in Zukunft beschieden sein möge.“

Nach dem reichen Beifall, den die Versammlung dem Herrn Rektor der Universität Münster zollte, betrat der Vertreter der Reichsbahndirektion Essen, Herr Reichsbahnrat Dorenberg, das Rednerpult und übermittelte die Grüöe seiner Behörde. „Es ist selbstverständlich“ — so führte der Redner aus — „daß die Reichsbahn an Ihren Arbeiten das allergrößte Interesse hat, einmal deswegen, weil die Reichsbahn als das größte einheitlich verwaltete Eisenbahnunternehmen der Welt gleichzeitig der größte technische Unternehmer Deutschlands ist; andererseits aber auch, weil das Gedeihen der Reichsbahn auf das engste mit dem Gedeihen der gesamten Industrie verbunden ist. Es ist ja bekannt, die Reichsbahn mag noch so gut organisiert und verwaltet sein, wenn sie nichts zu fahren hat, kann sie nicht gedeihen. In den letzten zwei Jahren haben wir das gesehen, in denen die Verhältnisse immer schlechter statt besser wurden, bis vor etwa drei Monaten ein erheblicher Aufschwung einsetzte. Ich glaube, feststellen zu können, daß Ihre heutige Tagung unter besonders guten Auspizien stattfindet, und darf dem Wunsch Ausdruck geben, daß Ihre Arbeit zu einer Zeit, wo die Wirtschaftskurve sich nach aufwärts bewegt, zu gedeihlichem und erfolgreichem Ende geführt werden möge.“ (Lebhafter Beifall).

Als nächster Redner sprach der Vertreter der Deutschen Studentenschaft, Fachschaft Technische Hochschulen, Herr Heyke, der die besten Wünsche und Grüöe der Studentenschaft übermittelte. Die der Studentenschaft übermittelte Einladung zur Tagung war dem Redner ein Beweis, daß der VDDI auch weiterhin die freundschaftlichen Beziehungen zur Studentenschaft pflegen und ausbauen wird.

„Es ist erstrebenswert und wünschenswert, daß gerade die örtliche Zusammenarbeit der Bezirksvereine mit den Technischen Hochschulen in Zukunft doch mehr ausgebaut wird. Die mannigfaltigen Fragen, welche die jungen Kommilitonen und die reifen Männer der Praxis verbinden, sind so vielseitig, daß sie einer ständigen Bearbeitung bedürfen. Gedacht ist dabei an einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch über die einzelnen Fragenkreise in Form von Referaten an den Hochschulen. Ich darf erwähnen, daß damit im letzten Wintersemester, beispielsweise in Hannover, ein guter Anfang gemacht wurde. Weiter darf ich erwähnen, daß in diesem

Jahre noch die technische Fachgruppe der Deutschen Studentenschaft ihre Tagung abhalten wird. Und zwar haben wir daran gedacht, ob es möglich sein wird, diese Tagung nach dem Vorbild des Bonner Studententages auszubauen zu einer technischen Studententagung. Wir werden nicht versäumen, den Verband Deutscher Diplom-Ingenieure zu unserer Tagung einzuladen, und wir wörfen uns sehr freuen, wenn wir dann eine recht große Anzahl von Mitgliedern des Verbandes begrüßen dürften, die sich bereithalten, uns diese Tagung verschönern zu helfen. Wer in der studentischen Arbeit tätig ist, und wer wie ich in Hannover mit den jungen Diplom-Ingenieuren in Beröhrung kommt, wer hört, welch große Not hier herrscht und wie immer die Stellungsuchenden hören müssen, daß vor ihnen bereits Hunderte da waren, der wird daraus den Schluß ziehen, daß dies ein Grund sein sollte zu einem regen Meinungs austausch zwischen Männern der Praxis und jungen Kommilitonen. Ich darf die Bitte aussprechen, daß die verschiedenen Bezirksvereine künftig entschlossen sind, in ihre Arbeit für die jungen Kommilitonen diesen Punkt einzubeziehen. Die Dankbarkeit der jungen Kommilitonen wird ihnen eine freudige Genugung sein.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich meine Ausführungen schließen mit dem Wunsche, daß der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure werden möge ein treuer Hort für seine Mitglieder, soweit die deutsche Zunge klingt.“

Lebhaftester Beifall dürfte Beweis sein, wie sehr die Diplom-Ingenieure die Gemeinschaftsarbeit mit der Studentenschaft als erstrebenswert erachten und daß sie gewillt sind, solche zu pflegen, wo immer es möglich ist.

Als letzter Redner sprach der Vorsitzende des Schutzkartells Deutscher Geistesarbeiter, Herr Dr. O. Everling, Berlin, der weiten Kreisen durch seine Veröffentlichungen, Rundfunkreden und sein Wirken für die Erhaltung und Förderung der deutschen Kulturschicht bekannt sein dürfte. Herr Dr. O. Everling, wiederholt von Beifall unterbrochen, führte aus:

„Verehrte Versammlung!

Nach der Jugend kommt noch immer das Alter. Der Alte, der vor Ihnen steht, ist kein geistiger Würdenträger, er ist nur ein Mann aus dem geistig schaffenden Volk, der Vorsitzende des Schutzkartells Deutscher Geistesarbeiter, in dem mit vielen anderen Organisationen auch Ihr verehrter Verband mitarbeitet.

Deutsche Geistesarbeiter haben zu ihrem Schaden es nicht verstanden, mehr Föhlung miteinander zu nehmen. Sie haben zu wenig bedacht und sind erst in der Nachkriegszeit, nach der Inflationszeit, darauf aufmerksam geworden, daß sie große gemeinsame Interessen haben. Da ihnen auf der einen Seite der politische Massendruck nicht zur Verfügung steht und die wuchtige Wirkung des Großkapitals auf der andern Seite fehlt, ist ein enger Zusammenschluß um so notwendiger. Es ist für das deutsche Volk eine unerläßliche Voraussetzung, und das ist die Forderung, daß der geistige Arbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wieder eine größere Beach-

tung findet. Als auf dem Trümmerfeld des Währungsverfalles die deutschen Geistesarbeiter und die deutsche gebildete Mittelschicht ihr Rentenskapital verlor und damit eine Grundlage der deutschen Entwicklung, war das verloren, auf das sich die kulturelle Entwicklung heute geradezu gründet. Früher gab es Kasten, die die kulturelle Entwicklung trugen, heute ist es das Rentenskapital, aus dem unsere jungen Leute studieren konnten, nicht rasch, knapp, übereilig, um zum Erwerb zu kommen, sondern noch Tausende gab es, die freiwillig weiter forschten zum Besten der deutschen Wissenschaft und der deutschen Wirtschaft und des deutschen Lebens überhaupt. Als wir auf dem Trümmerfeld des Währungsverfalles standen, da ging durch meine Seele der Gedanke, was machen wir für die notleidende deutsche Kulturschicht. Und hier war es ein Mann, der mich besonders in diesem Gedanken bestärkte und förderte; dieser Mann wohnt in Dortmund, er heißt: Vögler. Dieser Mann, mein Kollege in der Reichstagsfraktion, er hat mir die Möglichkeit gegeben und die Freudigkeit bestärkt, an diese Arbeit heranzugehen. Es ist mir gelungen, zahlreiche Verbände unter einen Hut zu bringen. Meine Herren, seien Sie stolz auf Ihre Technik, aber beachten Sie auch den geistigen Mittelstand in seiner Gesamtheit. Da ist die Aufgabe des Schutzkartells Deutscher Geistesarbeiter zu sagen: Ihr habt nicht nur Sachgüter, sondern Ihr habt große ideelle Güter zu verwalten; gerade in unserer Zeit, wo unserem Volke die äußere Macht genommen ist, da soll die Macht der Idee in unserem Volke erst recht gepflegt werden. Dann noch eine weitere Aufgabe. Ich glaube, daß Kulturaufgaben und Steuerfragen eng miteinander zusammenhängen. Es ist die Tragik, daß bei jeder neuen Steuereinrichtung diejenigen, die diese Steuer nicht abwälzen können, gerade die deutschen Geistesarbeiter sind. Noch manche gerechte Forderung könnte ich hier erwähnen. Ich kenne so viele traurige Kapitel von grausiger Not und fürchterlichem Kampf bei deutschen Geistesarbeitern, die, vornehmlich im Alter, ohne jede Mittel vor der Gefahr stehen, zu verkommen und zu verhungern.

Deshalb werden wir vom Schutzkartell Deutscher Geistesarbeiter noch in diesem November zum Nachtragetat fordern, daß endlich einmal in einem Staate, in dem bisher Milliarden für die Erwerbslosenfürsorge der Handarbeiter ausgegeben wurden, in dem die Kleinrentner einigermaßen versorgt sind, für die Geistesarbeiter, die durch die Inflation, durch den Währungsverfall ihrer Habe beraubt sind, endlich einmal eine Hilfe eingeleitet wird.

Wenn das Schutzkartell hier etwas erreichen will, dann müssen alle Verbände treu zusammenstehen. Ich danke Ihnen für die verständnisvolle Mitarbeit, die Sie uns bisher geleistet haben.

Meine verehrten Damen und Herren, ich bin etwas altmodisch, manchmal meine ich wieder, ich bin neu-modisch. Früher hieß es, es gibt einen Lehrstand, einen Nährstand und einen Wehrstand; wenn es dem Nährstand gut geht, kann es dem deutschen Geistesarbeiter, dem Lehrstand, nicht schlecht gehen. Andererseits kann der Wehrstand nicht bestehen, wenn es dem Nährstand schlecht geht. Die deutsche Wirtschaft muß wissen, daß man Schätze nicht nur aus dem Boden, sondern aus den Köpfen herausholt,

und deshalb muß sie ein Interesse daran haben, daß es dem Lehrstand gut geht. Was das heutige Problem der Erwerbslosigkeit anlangt, so haben wir folgendes ausgerechnet. Früher hatten wir, wie ich schon sagte, den Wehrstand. In dem Heer standen rund 800000 Mann. Da der Wehrstand nicht mehr besteht, sind diese 800000 Mann in den Produktionsprozeß eingetreten. Dazu kommen 500000, die, weil sie durch die Inflation und den Währungsverfall ihr Rentenskapital verloren haben, wieder eingetreten sind als Erwerbstätige. Wir haben ferner berechnet, daß im Jahre 1908 ebenso viele Einwohner in Deutschland waren, wie im jetzt verkleinerten Deutschland. Wenn wir zu diesen Zahlen noch in Berücksichtigung ziehen, daß die Wirtschaft die Aufträge des Heeres verloren hat, dann ist durch diese Vorgänge die Arbeitslosigkeit einigermaßen erklärt. Schließlich soll noch erwähnt werden, daß uns das neue Heer plus Erwerbslosenfürsorge viel mehr kostet als das alte Heer, abgesehen davon, was das alte Heer für uns bedeutete als ein Mittel deutscher pädagogischer Erziehung. Lehrstand und Nährstand kommen nicht weiter, wenn das Volk als ganzes nicht den redlichen Willen hat, mitzuarbeiten. Aber wir sind die Führer, wir wollen die Führer sein und werden. Darum ist enger Zusammenschluß notwendig. Und Sie können den Zusammenschluß Ihres Verbandes an die deutschen Geistesarbeiter überhaupt um so eher ausführen, weil über Ihrer Zeitschrift geschrieben steht: „Technik und Kultur.“ Technik darf nicht Zweck und Ziel sein, darf nur Mittel, Wille und Kraft werden, aber als solche immer und unbedingt notwendig. Reichen wir uns die Hand mit Verständnis für Lehrstand, Nährstand und Wehrstand unter der Losung: „Technik und Kultur!“

Der Vorsitzende dankte mit herzlichen Worten den Redenden für ihre Worte der Begrüßung und für die hohe Wertschätzung, die in ihren Ausführungen gegenüber dem Verband zum Ausdruck kam. „Wir sind stolz auf die Wertschätzung und werden immer bemüht bleiben, dieser würdig zu sein.“

### III.

#### Vorträge

Die Tagungsfolge verzeichnete zwei Vorträge: „Über den Stand unserer Verbandsarbeit“ Vortragender Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dipl.-Ing. Fr. Romberg, Berlin, und „Staats- oder Privatwirtschaft?“ Vortragender Herr Oberfinanzrat Dr. Paul Bang, Berlin.

#### 1.

#### Über den Stand unserer Verbandsarbeit (Geheimrat Prof. Dipl.-Ing. Fr. Romberg)

Festliche Stimmung umfängt uns heute, wo wir den 17. Geburtstag unseres Verbandes feiern. Noch jung an Jahren ist der Verband, aber nicht arm an Erfahrungen, vielen Stürmen hat er schon getrotzt und sich erfolgreich durchgesetzt bis auf den heutigen Tag. Darüber dürfen wir uns mit Recht freuen.

Aber Geburtstage sollen nicht nur Tage der Freude, sondern auch Tage der Selbstbesinnung sein. Wenig-

stens an diesem Tage sollten wir uns des Wortes tiefer Lebensweisheit bewußt werden: „Mensch, werde wesentlich; denn wenn die Welt vergeht, so fällt der Zufall fort, das Wesen nur besteht.“

Geben wir also diesem Tage die rechte Weihe dadurch, daß wir im Bereiche unseres Verbandes Umschau halten. Fragen wir uns einmal: was ist erreicht, was bleibt zu tun, sind die alten Ziele in der neuen Zeit noch richtig oder müssen wir uns auf andere Ziele einstellen? Vor allem aber müssen wir wohl prüfen: hat der Verband noch Daseinsrecht in einer Zeit tiefgreifender Umwälzungen, wo auf vielen Gebieten neue Werte die alten zu verdrängen suchen.

Unser Verband ist eine Standesvertretung. Der herrschende Geist aber ist auf Ausgleichung aller Standesunterschiede gerichtet. Ist denn da unser Verband noch am Platze? Sieht es nicht so aus, als ob wir uns bewußt von der Gemeinschaft loslösten und eigenen selbstsüchtigen Zielen nachgingen? Aber nichts liegt uns ferner als das!

Nicht Vorrechten wollen wir nachjagen und einseitige Standesinteressen vertreten! Dann beteten wir falsche Götter an und hätten in der heutigen Zeit sicher jedes Recht auf Dasein verwirkt. Unser letztes Ziel gilt dem Höchsten, der materiellen, geistigen und sittlichen Befreiung unseres Volkes, es verbindet uns eng mit der Gemeinschaft. Dieses Ziel ist im Leben eines Volkes von überragender Bedeutung und kann niemals veralten, es ist in der Zeit tiefster Erniedrigung für Deutschland lebenswichtiger als je.

Wir Ingenieure glauben an die sieghafte Macht der Technik im Kampfe um die kulturellen Güter dieser Erde. Im Ringen mit der Natur vermag nur tiefgehende Erkenntnis und höchste geistige Kraft durchschlagende Erfolge zu erzielen. Wir glauben, daß, wer über solche Kraft verfügt, ein erprobter Führer seines Volkes sein kann.

Das ist für uns technische Akademiker der tiefere Grund, uns zu einem Verbandszusammenschließen. Nicht Abschließen von der Gemeinschaft, nicht einseitige Standesinteressen, sondern Zusammenfassung aller unserer Kräfte im Dienste der Gesamtheit, das ist unser hohes Ziel.

Zahlreiche Aufgaben ergeben sich im einzelnen aus der Verfolgung dieses Zieles. Im Rahmen eines kurzen Vortrages kann ich sie nicht erschöpfend behandeln; ich muß mich auf einige wenige Beispiele beschränken.

Das erste und wichtigste Erfordernis betrifft die Frage der gesamten Vorbildung, die der Verband von Anbeginn an auf seine Fahne geschrieben hat. Die Hochschule ist für uns die alma mater, der Born unserer Wissenschaft, die Grundlage für all unser Schaffen im späteren Leben. Sie soll der Ausgang des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts sein und muß wie unsere Wissenschaft selbst rastlos sich entwickeln und fortschreiten. Was ist in ihrer Ausgestaltung erreicht, was bleibt noch zu tun?

Wir leben in einer reformfreudigen Zeit, wie sie sich nach jeder politischen Umwälzung einzustellen pflegt. Das Alte erscheint dann morsch und brüchig, und neues Leben soll aus den Ruinen erblühen.

„Reform der Technischen Hochschule“ war der Ruf, der sogleich nach dem Kriege erscholl und dem die Unterrichtsverwaltung willig folgte. Sie begann an der Oberfläche, ganz natürlich, bei dem Ausbau der äußeren Organisation. Angleichung an die Universität war dabei das Richtziel, die technische Universität das Schlagwort für dieses Vorgehen.

Dort steht die Reform im wesentlichen noch jetzt. Ob sie die Kraft haben wird, auch in die Tiefe zu gehen? Sonst muß sie ein Stückwerk, ein Gebilde ohne Leben und Seele bleiben.

Vertiefung der Hochschulbildung tut vor allem not in einer Zeit, wo unsere Technik und Industrie im Wettbewerb mit anderen Völkern der höchsten Kraftanspannung bedürfen. Viel ist darüber bereits geschrieben, geredet und verhandelt worden in Schriften, Versammlungen und Tagungen. Die vielfältigsten Forderungen sind gestellt worden, die teilweise einander stark widersprechen. Ich kann hier nicht ausführlich auf alle Hochschulfragen eingehen, muß mich vielmehr darauf beschränken, einige wesentliche Punkte kurz zu berühren.

Als die erste und wichtigste Forderung der Hochschulausbildung hat der Verband die Charaktererziehung aufgestellt. Der Hochschulingenieur soll Führer, Leiter, Schöpfer und Pfadfinder in der Technik sein. Das verlangt außer entsprechender Veranlagung und wissenschaftlicher Bildung vor allem einen ganzen Menschen mit weitem Blick, starkem Schaffensdrang, peinlicher Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, unbeirrbares Streben nach Wahrheit und Erkenntnis, harter Energie, unbeugsamer Willenskraft usw. Das sind die besten Charaktereigenschaften, die ein Mensch besitzen kann. Ihre Keime muß ihm die Natur in die Wiege legen, die Hochschule aber soll sie entwickeln. Ewig wahr bleibt Max Maria von Webers Wort, daß man zuerst ganze Menschen erziehen und daraus dann Techniker machen solle.

Die Verwirklichung dieser Forderung verlangt zunächst Auslese unter den Studierenden, die heute fehlt. Der akademische Ingenieur darf kein Massenprodukt sein. Der Hochschulunterricht setzt individuelle Erziehung und Bildung voraus. Heute aber herrscht an manchen Technischen Hochschulen der Massenbetrieb, der in den wichtigsten Fragen wirkungslos bleiben muß. In dem schweren Kampf unserer Industrie um ihre Existenz sind wenige hervorragende, begabte und gebildete, charakterstarke Führer unendlich viel wertvoller als ein Heer von Durchschnittsköpfen, denen jahrelange akademische Bildung vielleicht den Titel, aber nicht den Verstand und die Erziehung zum hochwertigen Menschen hat verschaffen können.

Charaktererziehung erfordert aber auch eine starke Persönlichkeit des Lehrers. Es kann der Diamant nur am Diamanten, der Mensch nur am Menschen geschliffen werden. Ein Charakter bildet sich nur am menschlichen Vorbild durch die enge persönliche Berührung mit ihm. Wo heute das Vorbild vorhanden, da hindert vielfach die Masse der Studierenden den nahen Umgang mit ihm. Aber gar häufig fehlt auch das Vorbild. Wir sehen also, daß auch eine Auslese der Lehrenden erforderlich ist. Über den Wert oder Unwert eines akademischen Lehrers

entscheidet nicht nur die fachliche und wissenschaftliche Tüchtigkeit, sondern vor allem auch, ob er eine starke Persönlichkeit ist, die den Lernenden tiefgehend zu beeinflussen vermag. Ein jeder von uns weiß wohl von starken Eindrücken eines Lehrers zu berichten, die er in seiner Jugend empfangen hat, die ihm unvergeßlich geblieben und richtunggebend geworden sind.

Eine bedeutsame Frage der Hochschulbildung betrifft den wissenschaftlichen Unterricht. Wie liegen hier die Dinge vielfach heute? Wir sehen vor uns einen überlasteten Studierenden, der vier der besten Jugendjahre in härtester Arbeit verbringt, der in dieser Zeit seines Lebens wenig froh wird, weil er eigentlich niemals fertig wird. Zwei schwierige Prüfungen hat er zu überstehen mit einer Vielzahl von Fächern. Für etwas anderes als sein Studium hat er kaum Zeit, wenn er nicht Semester verlieren will. Das Studium ist ihm weitgehend vorgeschrieben durch Stundenplan und Prüfungen, und die akademische Freiheit ist für ihn oft nur ein leerer Begriff. Er darf von ihr träumen, aber wehe, wenn er dem Begriff Leben und Inhalt geben will. Die Wissenschaft bietet sich ihm in mancherlei Gestalt dar, in mehreren Grundwissenschaften und in noch mehr speziellen Fachwissenschaften. Alles soll er beherrschen und durch Prüfungen den Nachweis dafür erbringen. Immer neue Forderungen treten an ihn heran. Entsprechend der fortschreitenden Teilung in der Industrie geht auch die Spezialisierung an den Hochschulen immer weiter und bedroht diese mit dem langsamen, aber sicheren Zerfall.

Gegen die Überlastung hat die Hochschule bisher nur ein Heilmittel gekannt: die Unterteilung der Fachrichtungen. Damit wird der Student schon an der Hochschule immer mehr zum Spezialisten, das Fundament seiner Kenntnisse wird immer schmaler.

Im scharfen Gegensatz dazu steht die Forderung, die von der Hochschule die umfassende allgemeine wissenschaftliche Ausbildung verlangt und die Spezialisierung im Fach dem praktischen Beruf zuweist.

Diese Forderung hat seit vielen Jahren der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure vertreten, leider aber nicht durchsetzen können, weil die Meinungen darüber noch stark geteilt sind, auch in der Industrie, und weil wohl das Ziel klar ist, aber nicht in gleicher Weise auch die Mittel festliegen, die es verwirklichen sollen. Aus der Industrie heraus verlangen selbst große Werke immer wieder außer gründlicher wissenschaftlicher Schulung weitgehende Spezialausbildung des jungen Akademikers für das betreffende Fachgebiet. Sie verkennen dabei, daß die Hochschule niemals fertige Ingenieure liefern kann, weder Konstrukteure, noch Betriebsingenieure noch Verwaltungsingenieure usw. Die Hochschule kann immer nur die allgemein wissenschaftliche und die fachliche Grundbildung geben. Allein die Praxis besitzt die Mittel und Möglichkeiten, um dem jungen Ingenieur die beste Ausbildung für den speziellen Beruf zu verschaffen.

Der sachlich richtige Weg, um Überlastung an der Hochschule zu vermeiden und gleichwohl die bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten, ist dieser: Die grundlegenden exakten Wissenschaften müssen im vollen, dem Stande der Technik entsprechenden

Ausmaß gelehrt und betrieben werden. Mit den Wissenschaften selbst ist stets auch ihre Anwendung zu lehren, denn diese ist die Frucht aller Erkenntnis, die in der Technik allein den Fortschritt schaffen kann.

Auf dem breiten wissenschaftlichen Fundament muß sich die Fachlehre aufbauen, aber nicht in der Form zahlreicher getrennter Spezialdisziplinen, wie es heute ist, sondern in Gestalt einer allgemeinen, grundlegenden Lehre, die die maßgebenden Zusammenhänge und Richtlinien möglichst der gesamten Fachtechnik umfaßt. In dieser Zusammenfassung der Grundlagen liegt das Wesen, aber auch die Schwierigkeit. Eine solche Lehre gibt es bisher noch nicht, sie muß erst geschaffen werden durch die Zusammenarbeit erster Fachmänner. Diese Lehre würde einen gewaltigen Fortschritt bedeuten, sie würde die Erkenntnis auf den einzelnen Gebieten bereichern und vertiefen, sie würde in das Studium der Fachtechnik den großen inneren Zusammenhang hineinragen, der ihm heute fehlt. Sie ist das wirksamste Mittel, kostbare Zeit zu sparen und das technische Studium nach Form und Inhalt auf die volle akademische Höhe zu heben.

An Vorbildern auf anderen akademischen Gebieten fehlt es nicht: Was würde z. B. das Studium der weitverzweigten Medizin ohne die Pathologie und Anatomie, dasjenige der Jurisprudenz ohne die Lehre von den Grundanschauungen des Rechts bedeuten!

Das Studium der Spezialfächer würde durch eine solche zusammenfassende Lehre nicht völlig überflüssig werden, aber es ließe sich für jeden Studierenden auf ein Gebiet beschränken, das er nach Veranlagung und Neigung frei wählen könnte und das ihm dann sozusagen ein Beispiel gäbe für die Anwendung der allgemeinen Lehre auf das besondere Fach. Auf diesem Gebiet könnte er sich mehr als bisher vertiefen durch gründliche eigene Arbeit. Die Erziehung zur selbständigen, möglichst schöpferischen Betätigung und zum eigenen urteilsfähigen Denken, das mit der Arbeit Hand in Hand geht, das ist das höchste Ziel akademischen Unterrichts, das mehr als bisher anzustreben ist. Das erfordert aber auch eine Konzentration der Arbeit, die heute bei der vielfältigen Zersplitterung nicht möglich ist.

Auch die Methodik des Unterrichts ist ein hervorragender Punkt der Hochschulausbildung, dem der Verband seit Jahren seine Aufmerksamkeit zugewendet hat. Aus meinen Darlegungen über den hohen Wert selbständiger Arbeit ergibt sich von selbst die besondere Bedeutung aller derjenigen Unterrichtsmethoden, die die eigene Arbeit besonders fördern. Konstruktions- und Laboratoriumsübungen, Seminausbildung usw. sind zweifellos die besten Mittel für diesen Zweck. Aber sie sind auch die kostspieligsten; sie erfordern teure Einrichtungen und eine genügende Zahl von Lehrern, der Massenbetrieb läßt eine erfolgreiche Ausnutzung nicht zu. Die Kostenfrage ist aber bisher das größte Hindernis gewesen. Und dennoch: will Deutschland wirtschaftlich sich behaupten und durchsetzen und auf solcher Grundlage als Staat und Volk sich wieder aufwärtsringen, so müssen für die Ausbildung seiner besten Köpfe die Mittel übrig sein, und sei es auch, daß sie anderswo erspart oder gar erdarbt werden müssen.

Hochschule und Forschung bilden gleichfalls eine lebenswichtige Frage, die für die Entwicklung der Wissenschaft, den Fortschritt der Technik und Industrie und die Erziehung von Forschern selbst von gleichgroßer Bedeutung ist. Sie verlangt geeignete Persönlichkeiten und entsprechende Mittel für die Hochschulen. Die Hochschulforschung ist heute um so wichtiger, als die Industrie für eigene Forschung vielfach keine Aufwendungen machen kann, und selbst, wenn sie diesem Zwecke Opfer bringt, weniger als je geneigt ist, über das nächstliegende Bedürfnis hinauszugehen. Sache der Allgemeinheit ist es darum, an den Hochschulen Forschungen von solchem Umfange zu ermöglichen, wie notwendig ist, um die Wissenschaft durchgreifend zu fördern und der Technik umfassenden Nutzen zu gewähren.

Der Weg zu bahnbrechenden Neuerungen der Technik ist heute ausnahmslos nur durch tiefes Eindringen in die Zusammenhänge der Natur zu erschließen. An der Oberfläche liegt nichts mehr. Große Mittel werden darum von anderen Nationen für Forschungszwecke verausgabt und immer wieder bereitgestellt. Unsere Forschung, die vor dem Kriege an erster Stelle stand, ist heute auf manchen Gebieten überholt, was wir zu unserm Bedauern immer wieder feststellen müssen. Daß wir diesen fremden Vorsprung wieder einholen, ist nicht nur eine Lebensfrage für unsere Industrie und Wirtschaft im Wettbewerb der Völker, sondern darüber hinaus eine Frage der Entwicklung unserer gesamten Kultur. An tüchtigen, zum Forschen brauchbaren und geneigten Köpfen fehlt es uns ebenso wenig wie irgendeinem Volk der Erde. Der wissenschaftliche Geist, der Drang nach Wahrheit und Erkenntnis ist keinem Volke mehr eigentümlich als dem deutschen. Darum müssen wir auch die Mittel finden, um Forscher zu bilden und ihre Arbeiten zu ermöglichen. Es handelt sich um werbendes Kapital, das reiche Früchte tragen muß. Das sollten wir nicht übersehen.

Neben der Vertiefung der Hochschulbildung ist aber auch eine Verbreiterung wesentlich und nicht zu umgehen. Sie wird bisher nach zwei Richtungen angestrebt: in dem Aufbau der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften und in der Ausgestaltung der Hochschule in den allgemeinen Wissenschaften und, was damit eng zusammenhängt, in ihrer Anpassung an die Universität.

Die Technik ist nicht Selbstzweck, sondern durch die Vermittlung der Industrie Dienerin der Wirtschaft. Das ist ein Gedanke, der dem jungen Akademiker zunächst noch ferner liegt und in seinen Auswirkungen von ihm wenig verstanden wird. Es handelt sich hier um das wirtschaftliche Denken, das mit den sogenannten Wirtschaftswissenschaften nichts zu tun hat. Es ist einfach die Anpassung der technischen Arbeit an die Kostenfrage, die kaufmännische Seite des Ingenieurwerks. Darum ist das wirtschaftliche Denken nicht in selbständigen Vorlesungen zu lehren, sondern nur in unmittelbarer Verbindung mit jeder Fachvorlesung. Viele Fachgenossen sind der Ansicht, daß eine solche Unterweisung für den Fachingenieur eine ausreichende wirtschaftliche Belehrung darstelle. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß für die reine Ingenieurstätigkeit Wirtschaftliches nur in dieser Art Bedeutung hat. Wenn aber der Ingenieur über das Fachwirken hinaus mit der Wirtschaft in

Berührung tritt, sei es in der Leitung privater wirtschaftlicher Unternehmen oder in der kommunalen und staatlichen Verwaltung, so kann er gewisser grundlegender Zusammenhänge der Privatwirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre sowie eine gewisse Kenntnis des Rechts nicht entbehren. Diese Grundlagen der Verwaltung spielen für die Vorbereitung des akademischen Ingenieurs auf den staatlichen und kommunalen Dienst eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hier ist eine Lücke in der Ausbildung des Fachingenieurs, die leicht als Vorwand genommen wird dafür, daß der Diplom-Ingenieur nicht ohne besondere Prüfung in die Verwaltung hineinkommen darf, als Vorwand auch dafür, daß immer wieder die zweite Staatsprüfung auch für den kommunalen Verwaltungsdienst gefordert wird. Auf diesen Punkt werde ich später noch zurückkommen.

Wichtiger aber noch als die volkswirtschaftliche Ausbildung des Fachingenieurs erscheint mir die Erziehung von Wirtschaftlern an den Technischen Hochschulen, von Diplom-Ingenieuren der Richtung Wirtschaft und Verwaltung. Dabei handelt es sich nicht um den Wettbewerb mit den Universitäten, das wäre verfehlt und auch deshalb zu verwerfen, weil wertvolle Mittel vergeudet würden. Es gilt nicht das Heer der Volkswirte zu vermehren, die in der Wirtschaft und Verwaltung kein Unterkommen finden können, weil der Platz und vielfach auch die geeignete Ausbildung fehlen.

Uns bewegt in dieser Frage etwas ganz anderes. Wir Diplom-Ingenieure sind der Auffassung, daß neuzeitige Wirtschaft und Verwaltung untrennbar von der Technik sind, daß zum mindesten technischer Geist, technisches Denken, technische Arbeitsmethoden das Schaffen durchdringen sollten, um den Erfolg wesentlich zu steigern.

Diesen Standpunkt hat der Verband seit vielen Jahren verfochten und erreicht, daß der Preußische Landtag im Jahre 1919 eine Entschließung gefaßt hat dahingehend, daß unverzüglich an den Technischen Hochschulen ein Studium der Volkswirtschaft geschaffen werden möge unter weitgehender Einbeziehung technischer Bildungselemente. Diesen Worten ist in Preußen die Tat noch nicht gefolgt, aber an zwei außerpreußischen Hochschulen ist ein solches Wirtschaftsstudium mit technischem Einschlag bereits geschaffen.

In der praktischen Durchführung des Gedankens liegt eine große Schwierigkeit: das ist die Lehre der Technik. Wenn es nicht gelingt, die Technik in solcher Zusammenfassung zu lehren, daß der angehende Volkswirt einen vollen Einblick in das Wesen der gesamten Technik erhält, so ist die Durchführung der Idee gescheitert. Eine solche Zusammenfassung in der Lehre fehlt bislang, sie muß erst geschaffen werden. Die heute bestehenden Fachvorlesungen können sie nicht ersetzen. Denn es sollen ja keine Fachleute der Technik ausgebildet werden, sondern Verwaltungsmänner, die vielseitig gebildet sein müssen. Von solchen muß man fordern, daß sie die Grundlagen der Volkswirtschaft, der Privatwirtschaft, des Rechtes und der Technik insoweit beherrschen, als notwendig ist, um sach- und folgerichtig auf diesen Gebieten denken und handeln zu können. Sie sollen nicht Sachverständige sein

mit allen besonderen Kenntnissen und Fähigkeiten zu selbständigem fachlichen Schaffen. Im Gegenteil: sie werden für die Beurteilung der einzelnen Fragen immer wieder der Mitwirkung des eigentlichen Fachmannes, also des Nationalökonomens, des Juristen, des Ingenieurs, nicht entbehren können. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß die Einrichtung eines solchen Studiums, wenn sie richtig durchgeführt wird, einen bedeutsamen Fortschritt bringen muß, indem sie gestattet, in unsere öffentliche Verwaltung den Geist der Tatkraft, des zweck- und folgerichtigen, des wirtschaftlichen Handelns einzuführen, den wir heute oftmals vermissen zum Schaden der Gesamtheit.

Seit langer Zeit verfolgt der Verband auch den Ausbau der Technischen Hochschule in Richtung der allgemeinen Wissenschaften. Von technischen Fachleuten wird nicht selten die Ansicht vertreten, daß jede derartige Verbreiterung des Hochschul-Unterrichts nur auf Kosten und zum Nachteil des Fachunterrichts erfolgen könne und daher in der Zeit, wo höchste Konzentration in der fachlichen Ausbildung ein unumgängliches Bedürfnis sei, vermieden werden müsse.

Demgegenüber betonen wir immer wieder die Notwendigkeit der Verbreiterung des Hochschulbereichs auch in der allgemeinen Richtung, weil nur dann die Hochschule eine allgemeine, umfassende geistige Schulung vermitteln kann, ähnlich wie die Universität es tut, nur mit dem Unterschiede, daß die exakten Wissenschaften und die Technik den Grundton der Ausbildung bestimmen. Die Technische Hochschule wächst dadurch über den Rahmen der Fachhochschule hinaus und wird zur Landeshochschule, die nicht bloß rein fachlich eingestellte, sondern auch allgemein gerichtete Intelligenz an sich zieht und bildet. Unser Verband möchte aus Technischen Hochschulen gleichfalls geistige Führer unseres Volkes hervorgehen sehen, die in ihren Grundanschauungen, in allem ihrem Fühlen, Denken und Handeln in der Welt des Wirklichen wurzeln.

Zwei weitere Fragen der Berufsausbildung des technischen Akademikers, die gegenwärtig die beteiligten Kreise stark beschäftigten, sind die praktische Vorbereitung auf den Hochschulunterricht und die Einführung des jungen Diplom-Ingenieurs in die Praxis. Der Verband hat sich von jeher mit ihnen befaßt, aber lange Zeit von Seiten der Industrie nicht die notwendige Unterstützung erhalten. Heute hat sich die Erkenntnis einigermaßen durchgesetzt, daß diese Fragen für unsere industrielle Entwicklung gleichfalls von größter Tragweite sind. An der Verbreitung dieser Erkenntnis ist der Verband wesentlich beteiligt. Aber unverkennbar hat das amerikanische Vorgehen den entscheidenden Anstoß zum Fortschritt gegeben. Das großartige Beispiel der amerikanischen Industrie hat auch unserer Industrie die Augen geöffnet und sie zur Mitwirkung veranlaßt, ohne die es schlechterdings keinen Erfolg in diesen Bestrebungen geben kann.

In der praktischen Arbeit beginnt eben jetzt der erste Versuch zu laufen, der dahin zielt, diese Tätigkeit in engster organischer Verbindung mit der Hochschulausbildung zu bringen, so daß sie diese befruchtet und selbst von ihr befruchtet wird. Gelingt dieser Versuch, woran ich nicht zweifle, wenn alle

Beteiligten ihn tatkräftig fördern, so stehe ich nicht an, diese Neueinrichtung für die erste wirkliche Reform im Bereich der technischen Hochschulausbildung zu erklären, die die Nachkriegszeit hervor gebracht hat. Der neue Weg der praktischen Vorbildung hat auch den bemerkenswerten Vorteil, daß er schon vor der Hochschule, also so frühzeitig wie nur möglich, eine Auslese herbeiführt. Das ist denkbar wertvoll, weil so oftmals vermieden werden kann, unnütze Zeit und Geld zu vertun für die Vorbereitung eines jungen Menschen auf einen Beruf, für den er nicht die geringste natürliche Veranlagung mitbringt.

Die beste Rationalisierung in der Berufswahl ist für uns heute gebieterische Pflicht; denn sie hat den wirksamsten Anteil an der möglichst vollkommenen Ausnutzung aller Kräfte unseres Volkes.

Auch der Einführung des jungen Diplom-Ingenieurs in den praktischen Beruf beginnt unsere Industrie weit mehr als bisher ihre Anteilnahme zuzuwenden. Die Erkenntnis ist heute schon fast Gemeingut geworden, daß der Hochschulabsolvent noch kein fertiger Mitarbeiter ist und daß ihm daher eine gründliche praktische Lehre im Anschluß an die Hochschule unentbehrlich ist.

Wieder ist es das amerikanische Vorbild, das uns stark zur Nacheiferung anspornen muß. In Amerika haben große Unternehmen die Einrichtung getroffen, daß sie über den jeweiligen Bedarf hinaus eine größere Zahl junger Anfänger in Dienst stellen und sie alle Zweige des Betriebes und der Verwaltung durchlaufen lassen. Sie verfolgen damit den doppelten Zweck, die besten Kräfte unter den in der Überzahl vorhandenen für dauernde Einstellung auszuwählen und jeden der Auserwählten in diejenige Spezialstellung hineinzubringen, die seiner Befähigung und Neigung am meisten entspricht. Ein solches Vorgehen ist den Interessen beider Teile in gleicher Weise dienlich: es schafft dem Unternehmen hervorragende Kräfte und diesen die für sie bestgeeigneten Stellen.

Auch deutsche Werke haben sich zu ähnlichen Maßnahmen bereit gefunden und sind von dem Erfolg durchaus befriedigt. Leider belastet eine solche Ausbildung junger Ingenieure die Firmen mit nicht geringen Kosten, die nicht unmittelbar produktiv, wenn auch keinesfalls verloren sind. Leider aber ist unsere Wirtschaft in der heutigen Zeit oft finanziell zu schwach für weitsichtige Rationalisierung ihrer Betriebe.

Erziehung hochwertiger Charaktere, Schulung des Geistes zum eigenen kritischen Denken, Entwicklung der Befähigung und Neigung zur selbständigen produktiven Arbeit, das müssen immer die Richtlinien für die Ausbildung des technischen Akademikers sein. Nichts ist wichtiger für die höchste Leistungsfähigkeit des Diplom-Ingenieurs im Beruf, für seine Stellung im Leben als seine Vorbildung. In seinem Fache muß ihn der Geist wahrer Wissenschaft erfüllen, die immer und überall nach Wahrheit, nach tiefer Erkenntnis der Zusammenhänge ringt.

Demgemäß hat der Verband den Fragen der Ausbildung stets seine ganze Sorge gewidmet. Es ist wesentlich auch sein Verdienst, daß die Überzeugung von dem hohen Wert der Vorbildung in immer weitere Kreise gedrungen ist. An der Verwirklichung wichtiger Ziele auf diesem Gebiet ist er durch die Stellung

der Probleme und die Angabe zweckentsprechender Lösungen maßgebend beteiligt gewesen. Das dürfen wir heute ohne Überhebung feststellen. Er wird auch fernerhin alle seine Kräfte in den Dienst dieser Sache stellen.

Nach der Ausbildung folgt das Wirken des Ingenieurs im Beruf und im öffentlichen Leben. Demgemäß ergeben sich weitere wichtige Fragen aus der Stellung des Diplom-Ingenieurs in der Industrie, im Staats- oder Gemeindedienst, in der Politik usw. Auch diesen Fragen hat der Verband von Anfang an viel Arbeit zugewandt, die an Umfang vielleicht noch größer war, als diejenige für Bildungsfragen. Auch hierbei handelt es sich für uns nicht um die Erlangung und Förderung von Vorrechten, von besonderen Standesvorteilen, die sachlich nicht begründet sind. Vielmehr ist es unsere Absicht, aus dem Wirken des Diplom-Ingenieurs im Leben den höchsten Nutzen für die Allgemeinheit zu ziehen. Zum erfolgreichen Schaffen gehört aber auch der entsprechende Platz, die Stellung mit den ihr zukommenden Rechten, Befugnissen, Wirkungsmöglichkeiten. Das ist unsere Überzeugung und die ist zweifellos richtig.

Erst in zweiter Linie fordern wir Rang und Ansehen als Anerkennung für unsere Leistungen. Denn es ist schlechterdings unmöglich, Menschen von bester Erziehung und höchster Leistungsfähigkeit in Stellungen hineinzuziehen, die nur mit Pflichten, aber mit wenig oder gar keinen Rechten ausgestattet sind. Das Streben jedes Menschen ist auch auf äußeren Erfolg gerichtet. Zudem wünschen wir nichts für uns, was nicht andere akademische Stände schon besitzen und genießen. Also keine Vorrechte wollen wir, sondern Gleichberechtigung.

Den breitesten Raum im praktischen Wirken der Diplom-Ingenieure nimmt heute nach wie vor die Industrietätigkeit ein. Die Mehrzahl aller akademischen Ingenieure sind Angestellte der Industrie. Hier sind sie mit der Konstruktion, der Werkstattausführung, der Verwaltung, dem Verkauf usw. beschäftigt. Sie sind recht eigentlich die Seele der Unternehmen. Ohne einen Stab von wissenschaftlich hochwertigen und leistungsfähigen Akademikern, die an den maßgebenden Posten stehen, sind heute nur wenige Werke dauernd lebensfähig. Ihre Arbeit ist im wesentlichen ausschlaggebend für den Fortschritt, für den technischen und wirtschaftlichen Erfolg der Werke.

In der Industrie gibt es keinen Stillstand, nur in stetiger, oft stürmischer Entwicklung kann sie bestehen und vorwärtskommen. Das verlangt von den maßgebenden Personen, insbesondere von den akademischen Ingenieuren die äußerste Kraftanspannung, die unermüdlige restlose Hingabe an das Werk, eine Arbeitsfreudigkeit und eine Arbeitskraft, die nicht im 8-Stundentag Genüge finden.

Was aber ist die Gegenleistung? Solche Arbeit verdient Anerkennung in jeder Form, in der Bezahlung nicht nur, sondern vor allem in der Behandlung, in der ganzen Einschätzung und Stellung des Ingenieurs.

Hier stehen wir vor einem schwierigen Punkt im industriellen Berufsleben des Diplom-Ingenieurs, im Gegensatz zu allen anderen akademischen Ständen.

Es soll nicht verkannt werden, daß scharfe Disziplin in der Industrie Lebenselement ist. Aber die wird mindestens im gleichen Maße auch im Heeresdienst notwendig. Aber welche andere Art der Behandlung, des Umgangs, des persönlichen Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und untergebenen Offizieren, als zwischen den verschiedenen Ingenieuren. Auch hier kommen Menschen gleicher Bildungshöhe und gesellschaftlicher Stellung in Betracht. Ein ganz anderes Verhältnis ist auch das zwischen den Juristen innerhalb der Stufenleiter ihrer Laufbahn. Viel hat sich bei den Ingenieuren schon geändert in den letzten 25 Jahren, aber es bleibt noch manches übrig zu verbessern.

Zu diesem Zustand im Ingenieurberuf hat unzweifelhaft auch die gesetzliche Bewertung des Diplom-Ingenieurs, seine Unterstellung unter das Arbeitsrecht stark beigetragen, die wir bei keinem anderen akademischen Beruf finden. Grundlegend war dafür die rechtliche Bewertung des Diplom-Ingenieurs als gewerblichen Arbeiter, seine Unterstellung unter die Arbeiterschutzgesetze. Davon hat ihn die Arbeit des Verbandes vor dem Kriege zwar befreit, aber die Nachkriegszeit hat bei der übereifrigen Schaffung arbeitsrechtlicher Gesetze, dem Zeitgeist entsprechend, alle in abhängiger Stellung ihren Beruf ausübenden Personen als gleichartige Masse betrachtet und damit vielfach den Akademikern die freie Entfaltung eingeengt. Es ist ständiges Bestreben unseres Verbandes, hier wieder einer individuellen Bewertung Bahn zu brechen. So ist vom Verband der Kampf um das Arbeitsnachweisgesetz erfolgreich durchgeführt worden. Dem Verbande ist es im wesentlichen zu verdanken, daß hier nicht die Wirtschaft und die Persönlichkeit in eine Zwangsjacke gesteckt wurden, in der beide schließlich hätten verkümmern müssen.

Die entscheidende Ursache für die vielfach unrichtige Behandlung des Ingenieurs in der Industrie sehe ich aber anderswo. Sie liegt nach meiner Überzeugung in dem Schwinden der engen persönlichen Verbindung zwischen Leitenden und Untergebenen. Das Persönliche ist durch die Entstehung der Großbetriebe, durch die Bildung der Aktien-Gesellschaften und der Großkonzerne stark in den Hintergrund getreten. Dasselbe, was zu der wachsenden Entfremdung zwischen den Leitern großer Unternehmungen und den Arbeitern geführt hat, ist m. E. auch Schuld an den unbefriedigenden Zuständen in der Stellung des angestellten Ingenieurs. Durch die Aktien-Gesellschaften ist der Erwerb, das Geld der wahre Leiter der Unternehmungen geworden.

Hier muß ein Wandel eintreten, wenn dieses fressende Übel beseitigt werden soll.

Industriearbeit muß Gemeinschaftsarbeit aller sein, vom obersten Leiter bis zum letzten Arbeiter. Eine enge Werksgemeinschaft darf nicht bloß zum Schlagwort, sondern muß zur befreienden Tat in unseren Betrieben werden. Hier sehe ich den Ausgangspunkt der Gesundung des Wirtschaftslebens, der inneren Befriedigung unseres Volkes. Daß wir den Götzen Geld und die Organisation über den Menschen gestellt haben, statt umgekehrt den Menschen, die tüchtige Arbeitskraft, die ganze Persönlichkeit allem anderen voranzustellen, das war unser Verderb, das hat den Arbeiter zum inneren Gegensatz zum Unter-

nehmen gebracht und ihn zu den Irrlehren des Marxismus geführt, die ein Glaubensbekenntnis für den Kranken, nicht für den gesunden Menschen sind. Nicht in dem Paktieren mit irgend einer politischen Partei, sondern in der inneren Gesundung der Betriebe liegt das Heil unserer Industrie und unserer Wirtschaft. Wird der persönliche Zusammenhang zwischen den Unternehmungen und allen seinen Angehörigen wieder hergestellt, so wird die Folge u. a. auch die Veredelung der Arbeit sein, sie wird nicht länger bloß Ware bleiben, die man möglichst teuer verkaufen muß. Der Arbeiter wird die innere Beziehung zur Arbeit wiedergewinnen, wie es ehemals war. Sauberkeit und Güte des Erzeugnisses werden ihm wieder Lebensbedürfnis sein, er wird wieder seine Seele hineinlegen in das, was er schafft. So ist es alte deutsche Art, die sollte wiederkehren.

Wer kann wirksamer hierbei helfen, als der akademische Ingenieur, wenn er, wie vorher ausgeführt, ein ganzer Mensch ist, erfüllt von edler Berufsauffassung und durchdrungen von dem Gefühl höchster Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit! Notwendig ist es dazu, daß der Ingenieur das volle Vertrauen des Arbeiters gewinnt; dann kann er ihm auch zum Erzieher werden. Der scharfe Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber muß ein Ende haben. Alle Angehörigen des Unternehmens müssen sich allein als Diener am Werk und an der Volkswirtschaft betrachten.

Der Diplom-Ingenieur wird diesen Aufgaben, dem Arbeiter Vorbild als Diener am Volke und Führer zugleich zu sein, nicht erfüllen können, wenn er die Stärkung seiner wirtschaftlichen Eigenkraft an die erste Stelle setzt. Das bedingt wieder klar und eindeutig die Form seines Zusammenschlusses im Standesverband. Dieser stellt den Beruf als das Oberste und als das Organisationsbestimmende voran, nicht die ohnehin nur künstlich konstruierte sogenannte „Gleichartigkeit der sozialen Lage“. Auch unter den Diplom-Ingenieuren fand der in der Nachnovemberzeit vorherrschende Zeitgeist Anhänger, auch in ihren Kreisen verfiel man dem großen Irrtum des „wirtschaftlichen Klassenkampfes“, wobei man bewußt oder unbewußt übersah, daß dieser letzten Endes nicht von dem politischen zu trennen ist. Damals, als allen Ernstes von Akademikern der Begriff „Ingenieurklasse“ aufgestellt wurde, war die Schicksalsstunde des Verbandes. Er hätte als die Gemeinschaft sittlich und geistig hochstehender Akademiker sein Dasein verwirkt gehabt, wenn er diese Bahn beschritten hätte. In dem Kampfe um die Erhaltung höchster Berufsideale, der immer schärfer wurde, weil durch den Massenegoismus und den überragenden Masseneinfluß die äußeren Lebensbedingungen des deutschen Akademikers mehr und mehr sich verschlechterten, siegte der Verbandsgedanke vermöge der ihm innewohnenden sittlichen Kraft.

Hinter dem Industrie-Ingenieur steht der Ingenieur im Staats- oder Gemeindedienst vielleicht an Zahl, aber keineswegs an Bedeutung zurück. Das Wirken des Diplom-Ingenieurs auf diesen Gebieten hat mehrere wichtige Fragen gezeitigt, die wiederum

den Verband oft genug zur höchsten Kraftanspannung veranlaßt haben. Nur zwei davon, die uns eben jetzt stark beanspruchen, will ich hier kurz anschnitten. Die eine betrifft die Tätigkeit des Diplom-Ingenieurs in der technischen Verwaltung von Staat und Gemeinde. Der Staat hat bekanntlich für seine oberen technischen Verwaltungsbeamten eine besondere, mehrjährige Ausbildung und anschließend eine zweite Staatsprüfung eingeführt. Das ist fraglos sein gutes Recht und kann von uns nicht beanstandet werden. Was wir aber als schädlich bekämpfen müssen, das sind die Auswüchse dieses staatlichen Ausbildungs- und Prüfungswesens. Niemand darf dieses zu dem Anspruch der staatlich Ausgebildeten und Geprüften führen, auch besondere Eignung und ein Recht auf Bevorzugung in anderen als staatlichen Betrieben, z. B. im Gemeindedienst oder in der Industrie, zu besitzen.

Hier kämpfen wir also gewissermaßen im eigenen Lager, um eine Spaltung und Trennung unter den akademischen Ingenieuren selbst und damit die schlimmste Schädigung des ganzen Standes zu verhindern.

Gerade jetzt wieder ist ein heftiger Kampf um die Stellung des Diplom-Ingenieurs im Gemeindedienst entbrannt. Der Verband nimmt gegen ein Monopol der Staatsgebildeten im Gemeindedienst, das durch nichts gerechtfertigt ist, Stellung.

Wesentlich ist ferner die Stellung des Diplom-Ingenieurs zu der allgemeinen Verwaltung in Staat und Gemeinde. Hier kämpfen wir seit vielen Jahren gegen das herrschende Juristenmonopol, nicht um den Juristen das Recht auf diese Tätigkeit zu entreißen, sondern um den Ingenieur die Gleichberechtigung auf diesem Gebiet zu erschließen, weil wir überzeugt sind, daß technisch-wirtschaftliches Denken, technische Einsicht in die Zusammenhänge des wirklichen Lebens, technische Arbeitsmethoden auch in der allgemeinen Verwaltung großen Nutzen stiften können. Unsere Bemühungen haben auch hier noch nicht zum Erfolge geführt, aber wir werden nicht nachlassen, für dieses Ziel zu kämpfen, bis wir den Sieg errungen haben.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Ich habe in wenigen Zügen ein Bild unseres Ringens und Strebens, unserer Leistungen und Erfolge entrollt. „Nicht daß wir es schon ergriffen hätten...“, aber wir jagen ihm nach, auf daß wir es ergreifen mögen!“ So müssen auch wir sagen.

Zwei Dinge sind zum Erfolg unserer Arbeit notwendig: Wir müssen immer mehr den gesamten Stand in unserem Verbandsverbande zusammenschließen suchen. Mit der Geschlossenheit des Standes wächst unsere Stoßkraft, unser Einfluß auf die Öffentlichkeit und unser Erfolg. Und noch ein zweiter Faktor ist notwendig zum Sieg. Was wir brauchen ist nicht nur die Zahl, sondern auch das leidenschaftliche Wollen jedes einzelnen von uns, sich für unsere Sache mit seiner ganzen Person einzusetzen. Wir brauchen die Begeisterung aller für unsere Ziele. „Denn“, sagt Fichte, „schließlich und endlich siegt doch immer die Begeisterung.“ (Schluß folgt.)

# Diplom-Ingenieur und Regierungsbaumeister

Von Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff, Breslau.

Die Diplom-Ingenieure haben vor dem Kriege jahrzehntelang einen schweren Kampf führen müssen um die Anerkennung ihrer durch die Neuordnung des technischen Hochschulwesens geschaffenen Stellung. Der Kampf war dadurch außerordentlich erschwert, daß der Titel Ingenieur nicht geschützt ist und das Laienpublikum sich sehr schwer daran gewöhnen konnte, in einer Bezeichnung, in der in der Hauptsache der Ingenieur durchklang, einen akademisch gebildeten Menschen anzuerkennen. Auch die Bezeichnung Diplom war bis zur Schaffung des Diplom-Ingenieurs nicht geschützt. Es konnte sich damals jeder Beliebige Diplom-Kaufmann, Diplom-Optiker, Diplom-Bierbrauer nennen. Mit den Erfolgen, die die Diplom-Ingenieure in dem Kampf um ihre Stellung errangen, wuchs naturgemäß das Bestreben aller dieser diplomierten Herren, sich das Diplom vor ihrer Berufsbezeichnung zu erhalten oder es neu sich zuzulegen.

Nach der anderen Seite hatten leider die Diplom-Ingenieure auch gegen viele ihrer akademischen Kollegen zu kämpfen und zwar gegen die Regierungsbaumeister. Diese glaubten zum Teil, daß die mit dem Diplom-Examen abgeschlossene Bildung der akademischen Techniker das Ansehen der höheren Techniker gegenüber den andern Akademikern, insbesondere den Juristen, herabsetzen könne, zum Teil wurde auch eine nach dem Diplomexamen liegende weitere Ausbildung mit einem Abschlußexamen für notwendig erachtet.

Als der Weltkrieg begann, hatten die Diplom-Ingenieure im Kampf um ihre Anerkennung als Vollakademiker zweifellos große Erfolge errungen und hatten dadurch nicht allein für sich persönlich, sondern für den ganzen Technikerstand und die gesamte Technik große Verdienste erworben. Entsprechend der großen Bedeutung und dem hohen Stande, auf den die gesamte Technik in Deutschland sich nach und nach gebracht hatte, wurden auch die Diplom-Ingenieure als Träger dieser Bewegung anerkannt.

Im letzten Jahre hat nun der Kampf in der Technikerschaft erneut eingesetzt, und zwar geht es diesmal hauptsächlich um den Streit in der höheren Technikerschaft selbst. Die übrigen Streitgegenstände, Auseinandersetzungen mit der mittleren Technikerschaft und mit den verschiedenen Diplombestrebungen anderer Berufsstände sind dagegen bedeutungslos. In dem Kampfe stehen sich, wie vor dem Kriege, gegenüber die Diplom-Ingenieure, die das Regierungsbaumeisterexamen gemacht haben, und die Diplom-Ingenieure ohne dieses Examen. Die ersteren werden vertreten durch verschiedene Regierungsbaumeistergruppen, die sich teils selbständig, teils als Unterabteilungen in verschiedenen Verbänden zusammengeschlossen haben, die letzteren vom Verbands Deutscher Diplom-Ingenieure. Es beteiligen sich außerdem an diesem Ringen die Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte und der Verband der Architekten- und Ingenieurvereine. Auch andere technische Verbände haben Interesse

an dem Kampf. Ihr Eingreifen hat sich aber bis jetzt nicht besonders fühlbar gemacht. Den Anstoß zu dem unseligen Streit hat die Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte unter Führung des Geheimen Oberbaurats Dr. Höpfner in Cassel gegeben, indem sie beim Städtetag durch den technischen Ausschuß einen Beschluß erwirkt hat, der kurz folgendes besagt:

1. Den Städten soll empfohlen werden, für die Inhaber ihrer leitenden technischen Stellen in der Regel die Regierungsbaumeisterprüfung zu verlangen.

Die Städte sollen sich, um geeigneten Nachwuchs zu bekommen, selbst mit der Ausbildung von Regierungsbauführern und Diplom-Ingenieuren befassen und zwar auch für das Gebiet der Elektrotechnik und des Maschinenbaus.

2. Es soll bei Reich und Staat beantragt werden, nach wie vor die Ausbildung von Regierungsbauführern zu übernehmen, ohne Rücksicht auf den für den Staat notwendigen Bedarf, und im erweiterten Maße auch Maschinen- und Elektrotechniker auszubilden. Zu den Regierungsbaumeisterprüfungen sollen auch kommunale Sachverständige zugezogen werden.

Eine besondere Schärfe enthält dieser Beschluß dadurch, daß zum Ausdruck gebracht wird, daß Stadtbauräte, die nicht selbst Regierungsbaumeister sind, nicht befugt sein sollen, Regierungsbauführer auszubilden.

Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure besteht demgegenüber auf dem schon immer vertretenen Standpunkt, daß die Ausbildung beim Staate keine geeignete Vorbildung für höhere Kommunaltechniker sei, daß vielmehr die dort verbrachte Zeit für eine große Reihe von Diplom-Ingenieuren eine Verschwendung von Zeit und Geld sei. Dem Kommunaltechniker müßte es freistehen, sich selbst die geeignete Vorbildung für die leitenden Stellen in der städtischen Bauverwaltung zu verschaffen, wobei naturgemäß in erster Linie Arbeiten bei den Städten selbst in Frage kämen. Gegen eine Abschlußprüfung sei nichts einzuwenden, doch müsse in erster Linie das Leistungsprinzip für die praktische Städtebauarbeit maßgebend bleiben. Die Gegenüberstellung von Jurist und Techniker sei unlogisch, denn der Jurist habe kaum eine andere Möglichkeit zur Weiterbildung als den öffentlichen Dienst, außerdem seien die Hochschulstudien der Diplom-Ingenieure auf ganz anderer Grundlage aufgebaut.

Der Verband der Architekten- und Ingenieurvereine hat einen besonderen Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Neuordnung des technischen höheren Nachwuchses befaßt. Entsprechend der Zusammensetzung seiner Mitglieder, die Regierungsbaumeister, Diplom-Ingenieure, Privatarchitekten und Ingenieure umfassen, steht er mit seiner Stellungnahme zwischen den beiden Gruppen.

Es ist natürlich, daß es sich bei der Frage Diplom-Ingenieure und Regierungsbaumeister hauptsächlich um die Kommunaltechniker handelt, denn der Bildungsgang bei der Regierung ist geregelt. Die Privatwirtschaft wird von dem Leistungsprinzip niemals abgehen und die Frage Diplom-Ingenieur oder Regierungsbaumeister immer in zweiter Linie stellen.

Es ist nicht auffallend, daß gerade in diesem Augenblick die Streitfrage wieder auftritt, denn die Stellungsnot unter den höheren Technikern ist noch niemals so groß gewesen, wie jetzt, und betrifft mindestens so sehr die Regierungsbaumeister wie die Diplom-Ingenieure. Wenn es der kleineren Gruppe der Regierungsbaumeister gelingt, die große Gruppe der Diplom-Ingenieure in den Kommunen von den leitenden Stellen auszuschließen, so wird mit einem Schlage ihre wirtschaftliche Stellung wesentlich verbessert, denn nicht nur die leitenden Stellen fließen ihnen zu, sondern die Diplom-Ingenieure werden in weit geringerem Umfang als bisher sich einer Laufbahn zuwenden, die für sie keine Aufstiegsmöglichkeit bietet, und die Städte werden auch für die Anfangsstellungen mehr auf Regierungsbaumeister zurückgreifen müssen. Daß bei der Entscheidung über die Ausbildungsfrage die wirtschaftliche Besserstellung einer Einzelgruppe der höheren Techniker nicht maßgebend sein darf, braucht nicht besonders betont zu werden.

Es ist sehr zu bedauern, daß der Streit unter der höheren Technikerschaft ausgebrochen ist. Wir wissen alle, daß die Techniker in den kommunalen Verwaltungen dauernd um ihre Stellungen kämpfen müssen. Es ist keine Zufälligkeit, wenn viele Großstädte ihre leitenden Technikerstellen überhaupt oder Jahre lang nicht besetzten. Denken wir an Berlin und Köln. In der Ausschaltung der Techniker liegt Prinzip. Es wäre daher das einzige Richtige gewesen, wenn die Techniker unter sich jedenfalls den Versuch gemacht hätten, zu einer Einigung zu kommen. Von mir aus ist alles getan worden, um dieses Ziel zu erreichen. Die Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte, die gegen die ausdrückliche Vereinbarung, ohne sich mit den anderen Verbänden in Verbindung zu setzen, einseitig die als Kampfansage aufzufassende Stellungnahme des Deutschen Städtetages herbeigeführt hat, hat der gesamten höheren Technikerschaft ganz zweifellos keine guten Dienste erwiesen. Dieses Vorgehen des Vorstandes dieser Vereinigung ist um so weniger verständlich, als sich unter den leitenden technischen Kommunalbeamten eine sehr große Gruppe befindet, die die vom Städtetag vorgeschlagene Lösung absolut und unbedingt ablehnen. Nachträglich hat eine Zusammenkunft von Vertretern der Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte, der Architekten- und Ingenieurvereine und des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure stattgefunden, aber der angerichtete Schaden ist nur noch zu reparieren, nicht mehr aus der Welt zu schaffen, denn schon laufen bei allen Stadtverwaltungen die Erklärungen und Gegenerklärungen der verschiedenen Verbände; schon werden die Parteien mobilgemacht. Es wird sich in einigen Jahren zeigen, daß dieser Streit erneut mit einer Minderung des Einflusses der Techniker in den Kommunalverwaltungen bezahlt werden muß.

Einen Standpunkt in dieser ganzen Frage einzunehmen, die den verschiedenen Richtungen Rechnung trägt, ist nicht leicht. Denn neben den schon genannten wirtschaftlichen Erwägungen spielt in diesem Streit noch viel Gefühlsmäßiges mit, und gefühlsmäßige Widerstände sind schwer überwindbar. Man wird aber als den einzig maßgebenden Grundsatz anerkennen müssen, daß hier nicht das Wohl und Wehe einer Gruppe maßgebend sein darf, sondern daß die Belange der deutschen Technikerschaft und der deutschen Technik in den Vordergrund treten müssen.

Wenn die Neuerung durchdringt, daß der höhere Techniker als Vollakademiker erst nach abgeschlossener Regierungsbaumeisterprüfung gilt, so rückt die große Schar der Diplom-Ingenieure in die Gruppe der mittleren oder der gehobenen mittleren Techniker. Damit ist zunächst einmal der jahrzehntelange Kampf um die Anerkennung des Diplom-Ingenieurs umsonst gewesen. Viel schwerwiegender ist aber, daß die Masse der akademischen Ingenieure ganz wesentlich verkleinert wird, und daß in dem Kampf um Ansehen und Geltung der gesamten höheren Technikerschaft viel weniger Truppen zur Verfügung stehen, als wenn die gesamten Diplom-Ingenieure geschlossen auftreten.

Woran hängt nun letzten Endes das Ansehen des Technikers in der Kommunalverwaltung? Ich kenne viele Stadtverwaltungen, aber noch niemals ist es von Bedeutung gewesen, ob ein Stadtbaurat die Regierungsbaumeisterprüfung gemacht hat oder nicht, sondern immer und überall hat sich der Tüchtige durchgesetzt. Die Persönlichkeit ist es, die dem leitenden kommunalen Baubeamten das Ansehen und die Durchschlagskraft gibt, die er für die restlose Durchdringung seiner Stellung braucht. Die Industrie ist mit diesem Grundsatz groß und mächtig geworden, und die deutschen Städte sind augenblicklich nicht reich genug, um von diesem Grundsatz abzugehen. Deswegen sollte der Einwand, daß eine zweite Prüfung notwendig sei, um die Gleichstellung mit dem Juristen zu erlangen, überhaupt nicht erhoben werden. Wir müssen die Leistung in den Vordergrund stellen.

Viel wichtiger für uns Techniker ist, statt gegen uns selbst zu kämpfen, danach zu streben, daß wir innerhalb der Stadtverwaltung gegenüber den anderen Verwaltungsbeamten nicht zurückgesetzt werden, daß wir ebenso gut Anwartschaft auf Bürgermeister- und Oberbürgermeisterposten haben; aber da fehlt es sehr, und leider liegt die Schuld stark bei uns, weil die Stadtbauräte diese Stellung nicht stark genug anstreben. Unter den Bewerbungen um Oberbürgermeisterposten findet man selten, auch wenn die Vorbildung nicht vorgeschrieben ist, Gesuche von Technikern.

In unserer wirtschaftlich schweren Zeit kann es auch nicht vertreten werden, daß man die Diplom-Ingenieure, die sich bekannterweise zu einem sehr großen Teil aus dem Mittelstande rekrutieren, zu einem weiteren dreijährigen Studium zwingt, wenn man dafür nicht entsprechende Gegen-

leistungen gewähren kann. Es steht fest, daß beim Reich und Staat nach dem Kriege die Bauaufgaben wesentlich verkleinert worden sind und damit die praktischen Ausbildungsmöglichkeiten nachgelassen haben. Der Andrang zum technischen Studium hat dagegen stark zugenommen. Zwingt man nun, und das würde ja letzten Endes notwendig werden, wenn man nur den Regierungsbaumeister als Vollakademiker anerkennen will, alle Diplom-Ingenieure in die Regierungsbauführerausbildung hinein, so wird der Andrang sehr stark vermehrt und die an sich schon von allen Seiten anerkannte mangelnde praktische Betätigungsmöglichkeit wird auf das kleinste Maß herabgesetzt. Damit helfen wir aber zweifellos dem deutschen Techniker und der deutschen Technik nicht, daß wir Leute zwingen, Jahre lang sich bei Behörden herumzudrücken, wo sie nur geduldete Gäste sind und wo man ihnen nur mit Widerstreben aus dem an sich schon kargen Arbeitsgebiet ein kleines Bröcklein abläßt.

Daß also die Forderung des Regierungsbaumeisters für die höheren Techniker mit der bisherigen Ausbildung ganz unmöglich ist, darüber müßte Einstimmigkeit herrschen. Tatsächlich setzt sich dieser Gedanke auch immer mehr durch. Neben einer beabsichtigten Reform des Hochschulstudiums soll nun auch die praktische Ausbildungsmöglichkeit nach dem Diplomexamen erweitert werden. Naturgemäß gehen auch hierüber die Meinungen noch auseinander. Die Regierungsbaumeisterfanatiker wollen im wesentlichen die alte Norm beibehalten. Sie sind jedoch damit einverstanden, dem Regierungsbauführer eine 1 bis 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> jährige Beschäftigung bei Kommunen oder privaten Architekten freizugeben. Teilweise wird dabei eine Verlängerung der Ausbildungszeit verlangt. Die höheren Kommunaltechniker sollen nach wie vor den Regierungsbaumeistern entnommen werden.

Ein anderer Vorschlag will grundsätzlich eine dreijährige geeignete praktische Beschäftigung nach dem Diplomexamen als Vorbedingung für eine zweite Prüfung ausreichend ansehen.

Eine dritte Gruppe sieht gleichfalls eine weitere Ausbildung als zweckmäßig an, glaubt jedoch auf ein Examen verzichten zu können, will vielmehr das Leistungsprinzip in der Praxis als Maßstab für die spätere Verwendung angewandt wissen.

Ganz allgemein wird eine Weiterbildung der Diplom-Ingenieure nach dem Examen im Interesse der gesamten deutschen Technik und der deutschen Technikerschaft als notwendig angesehen. Mit diesem letzten Satz stimmt auch die Privatindustrie überein, wo die großen Werke schon jetzt eine Sonderausbildung ihrer Ingenieure in die Hand genommen haben.

Die verschiedenen Absichten liegen nicht soweit auseinander, als daß nicht eine von allen Seiten gebilligte Lösung möglich wäre. Die Lösung muß sich m. E. im Interesse der gesamten Technik auf den Diplom-Ingenieur aufbauen. Nur so ist es möglich, die Einheit mit dem Diplom-Ingenieur in der Privatindustrie, der für die Kampfkraft der gesamten höheren Technikerschaft unentbehrlich ist, zu erhalten.

Ein zweites Examen für die Privatindustrie wird sich voraussichtlich nicht einbürgern, weil diese das Leistungsprinzip immer in den Vordergrund stellen wird.

Für die höheren kommunalen Baubeamten wird es dahin kommen müssen, daß die Städte die Ausbildung selbst in die Hand nehmen, weil die gesamte Stadtbauwirtschaft mehr und mehr zu einer Sonderwissenschaft ausbildet, für die man bei der staatlichen Ausbildung kaum noch Erfahrungen und Weiterbildung schöpfen kann. Ob dabei noch ein zweites Examen gefordert wird oder nicht, ist nicht ausschlaggebend. Die Leistungen auf praktischem Gebiete müssen theoretischem Examenwissen unter allen Umständen vorangestellt werden. Wenn eine Neubezeichnung nach dem zweiten Examen für notwendig erachtet wird, so kann selbstverständlich nur der Stadtbaumeister, niemals der Regierungsbaumeister in Frage kommen. Zweckmäßiger erscheint es mir, von einer Neubezeichnung überhaupt abzugehen und das zweite städtische Examen lediglich als Vorbedingung für die Anwartschaft auf den höheren Dienst anzusprechen.

Die Ausbildung der Regierungsbaumeister würde im wesentlichen bestehen bleiben mit einer Vertiefung des Studiums, das in Zusammenhang zu bringen wäre mit der Ausbildung des höheren technischen Nachwuchses überhaupt.

Eine Lösung etwa in diesem Sinne scheint mir im Interesse der gesamten Technik zu liegen und würde auch keine Sondergruppe benachteiligen.

## Kultur - Umschau

**Technik und Politik.** Es wird gerade in der letzten Zeit immer wieder betont, und auch wir sind sehr dafür eingetreten, daß der Techniker sich mit der Politik befassen soll. Er hat sich bisher leider um das öffentliche Leben herzlich wenig gekümmert, sehr zum Schaden seines Ansehens, zum Schaden aber auch der öffentlichen Verhältnisse selbst.

Es ist wohl nicht allein die übermäßige Arbeit gewesen, die der Techniker in den Entwicklungsjahren der Industrie zu leisten hatte, die ihn von politischer Betätigung abzog, sondern ein Teil der Schuld ist wohl auch auf seine ganze Einstellung zurückzuführen, die ihn so an sein Fachgebiet kettet, daß er für andere Dinge recht wenig Interesse hat.

Ist doch die Technik und das technische Schaffen eine Tätigkeit, die den ganzen Menschen beansprucht und all sein Denken ausfüllen kann. Dazu kommt, daß meistens diejenigen einen technischen Beruf ergreifen, die eine besondere Veranlagung dafür in sich fühlen — leider ist das nicht durchweg der Fall —, und dieser Trieb zur Technik ist eben so stark, daß alles andere dagegen zurücktritt. Es ist ähnlich wie beim Künstler, der auch in seiner Arbeit vollständig aufgeht und nur das eine Ziel im Auge hat, die Gedanken seiner Phantasie in irgend einem Werk zu verwirklichen. Diese Einseitigkeit hat die großen Erfolge der Technik gezeitigt, hat aber andererseits auch den Techniker gegen andere Berufe zurücktreten lassen, denn die Bewertung eines Standes wird vielfach auch daran gemessen, wie er sich in der Allgemeinheit betätigt. Die großen und kleinen Fragen der Politik sind ja für die Masse der Menschen immer die wichtigsten gewesen.

So mußte eine Minderbewertung des Technikers eintreten, die auch dadurch vergrößert wurde, daß die Berufe des Technikers und Ingenieurs sozusagen vogelfrei sind und ein jeder sich unabhängig von allgemeiner und Fachbildung in ihnen betätigen kann.

Andererseits hat das Abseitsstehen des Technikers vom öffentlichen Leben den Fortschritt der Technik und damit auch die Kultur des Menschen schädlich beeinflußt. Wie manches wäre besser entschieden worden, wenn man den Techniker gefragt und zum Wort hätte kommen lassen. Wir wollen bloß an den Ausbau der großen Verkehrsstraßen, des Kanalnetzes usw. erinnern und auch noch auf die Zurücksetzung des Technikers beim Militär in der Vorkriegs- und ersten Kriegszeit mit ihren so überaus traurigen Folgen für die Gesamtheit hinweisen, um dies zu begründen. Technisches Denken und technisches Wissen haben bei grundlegenden Entscheidungen in den meisten Fällen gefehlt, und es konnte nachher nur stückweise wieder gutgemacht werden, was versäumt wurde.

Man hat zwar schon lange vor dem Kriege den Ingenieur aufzurütteln versucht, über die enge Sphäre seines Wirkungskreises hinauszusehen und mitzuhelfen an der Allgemeinarbeit des Volkes. Man hat dem Techniker vorgeworfen, daß er nicht in die Parlamente, die Stadt-, die Landes- und die Reichsparlamente eintritt, aber die Rufe sind an taube Ohren geklungen. Es liegt scheinbar dem Techniker nicht, sich viel mit Worten herumzustreiten, was ja unbedingt für parlamentarische Tätigkeit notwendig ist. Auch nach dem Kriege ist dieser Ruf wiederholt worden und zwar gerade in der ersten Zeit, wo das Bürgertum überhaupt aufgerüttelt werden sollte, sich mehr um seine Angelegenheiten zu kümmern, damit es nicht von der großen Masse und ihrer Interessenvertretung zerdrückt wird. Man legte dem Techniker nahe, über die einzelnen politischen Parteien in die Parlamente hineinzukommen und sich, jeder in seiner Partei, entsprechend zu betätigen. Viel ist dabei allerdings nicht herausgekommen, denn nur verhältnismäßig wenig Techniker sind seit dieser Zeit in die öffentlichen Volksvertretungen eingezogen, und

manchmal wo ein Techniker genannt wird, kann man noch im Zweifel sein, ob er wirklich ein Techniker, auch mit seiner ganzen Einstellung und Weltanschauung ist. Nicht das Hören von ein paar Kollegs machen den Menschen zum Techniker, sondern vor allem seine Veranlagung und seine Hingabe an den Beruf.

Gewiß wird es heute und wohl auch in Zukunft schwierig sein, anders als über die Parteien in die Parlamente zu gelangen. Unser parlamentarisches System hat sich ja leider immer mehr und mehr zu einem Parteiensystem ausgebildet, und die Volksvertreter setzen sich ihre besonders gefärbten Brillen auf die Nase und marschieren mit von der Partei und ihren Führern gegebenen Richtlinien ihren parlamentarischen Weg. Die Technik ist aber etwas Überparteiliches, sie kommt allen Volksgenossen zugute und hat in erster Linie das allgemeine Wohl im Auge. Die Technik natürlich in richtiger Weise aufgefaßt, nicht als eine Geldverdienmaschine für den einzelnen, sondern als eine kulturbegründende und kulturfördernde menschliche Betätigung. Das sollte auch der parlamentarische Techniker nicht vergessen. Er sollte über die Parteibrille hinwegsehen und seinen sachlichen und objektiven Maßstab überall anlegen, wo Entscheidungen für die Allgemeinheit zu treffen sind. Gerade der Techniker ist besonders durch seine Arbeitsweise gewohnt, die Dinge vom unparteilichen Gesichtspunkt aus zu betrachten und Kompromisse nur da zu schließen, wo sie aus sachlichen Gründen und nicht aus persönlichen Gründen nötig sind. Wenn in diesem Sinne der sich in der Politik betätigende Ingenieur sich über das Parteigetriebe stellt, so wird er auch an dieser Tätigkeit mehr Freude haben und sich mit größerer Liebe diesem undankbaren Beruf widmen, als wenn er nur als einer der übrigen Parteizänker auftritt und in das abgestimmte Horn auf Kommando hineinbläst. Die technische Partei oder besser gesagt, die technische Gruppe sollte in jedem Parlament sich zusammenschließen und in diesem Sinne ihre parlamentarische Tätigkeit entfalten, wobei einer den andern stützen und in der Verfolgung des gemeinsamen Zieles fördern wird.

In Frankfurt a. M. ist kürzlich ein Diplom-Ingenieur zum Stadtrat ernannt worden. In seiner Antwort auf die Einführungsrede des Oberbürgermeisters hat er ausdrücklich diesen Standpunkt vertreten und darauf hingewiesen, daß er sich nicht als Parteimann fühlt, sondern daß er seinen Rat und seine Entscheidung in der objektiven Denkweise des Technikers zu fällen sich bemühen wird. Er hoffe, so führte er aus, gerade auch als Techniker der Stadt dienen zu können, und glaube, daß man Verständnis dafür haben wird, daß der Weg zur Kultur und zur Wirtschaft und wahren Sozialpolitik nicht ohne die Technik begangen werden könne. Wir wollen nur wünschen, daß auch andere Techniker in die verschiedenen Parlamente eintreten und sich auf diesen großzügigen Standpunkt stellen werden. Dann dürfte in Stadt, Staat und Reich manches besser werden.

Dipl.-Ing. Carl Weihe.

## Von den Hochschulen

### Technische Hochschule und Universität

Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure hat seit seinem Bestehen den Ausbau der Technischen Hochschulen betrieben, insbesondere immer die „Reform“ darin gesehen, daß einmal das Studium der Verwaltungswissenschaften und der Volkswirtschaft in das Programm der Technischen Hochschulen aufgenommen wird, zum andern, daß die Technik, die angewandten Naturwissenschaften, mit in die Bildungselemente des Staatsbürgers einbezogen werden. Nur auf diesem Wege der Ausgestaltung der Technischen Hochschulen und ihrer planmäßigen Weiterentwicklung zu Landeshochschulen (Universitäten) ist das von den Technikern seit vielen Jahren allgemein erstrebte Ziel zu erreichen, dem technischen Denken Einfluß in den öffentlichen Körperschaften zu geben, Techniker auch in die bestimmende Stellung der höheren Verwaltung, in die Parlamente, Presse usw. zu bringen. Darüber ein Wort heute noch zu verlieren, wie notwendig ein solcher Einfluß technischen Geistes in Deutschland ist — in anderen Ländern wie beispielsweise in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Bild ein anderes als bei uns — dürfte überflüssig sein. Aber alle schönen Entschlüsse, wie solche vielfach von technischen Vereinen oder Verbänden gefaßt wurden, können die Erfüllung dieser berechtigten Forderung nicht bringen, wenn die Vorbedingungen nicht geschaffen werden. Diese liegen letzten Endes bei den Technischen Hochschulen.

Die höchsten Bildungsstätten der Techniker — die Technischen Hochschulen — haben sich getrennt von den Universitäten entwickelt. Darin lag ein Vorzug, aber auch eine Gefahr. Der Vorzug wirkte sich sehr offensichtlich aus in der früher wohl kaum geahnten glänzenden Entwicklung, die die Technischen Hochschulen genommen haben. Niemals wäre diese Entwicklung, welche auch die Industrie befruchtete, wie auch die Technischen Hochschulen von der Industrie wieder gefördert wurden, in diesem Zeitmaß und zu dieser Höhe gelangt, wenn die Technischen Hochschulen etwa als Fakultät der Universitäten oder gar im Rahmen der Philosophischen Fakultät der Universität gestanden hätten.

Der Gefahr aber, die in dieser Sonderstellung liegt, drohen die Technischen Hochschulen zu erliegen. Altmeister Riedler hat darauf besonders hingewiesen und den drohenden Zerfall der Hochschulen aufgezeigt. Dieser Zerfall schreitet mit der weiteren Entwicklung der technischen Wissenschaften, mit ihrer ständigen Abspaltung in Sonderfachgebiete unaufhaltsam fort, wenn dem nicht endlich Einhalt geboten wird. Die Technischen Hochschulen zerfallen in einzelne „höchste Fachschulen“, wenn nicht die Technischen Wissenschaften eine Zusammenfassung erfahren, die zum allgemeinen Bildungselement aller akademischen Techniker wird und die gleichzeitig auch Bildungsgrundlage für ein allgemeines Studium abgibt. In der Schaffung der zusammenfassenden Lehre der Technik, in deren Einführung in das Studium des Fachingenieurs, des Wirtschafters, des Verwaltungsbeamten usw. liegt die Wurzel der „Reform der Technischen Hochschulen“.

Damit ist aber auch der Hauptschritt in der Entwicklung zur naturwissenschaftlichen Landeshochschule getan.

Bekanntlich besteht der Plan, an Universitäten Technische Fakultäten anzuschließen, also die Technik an die Landeshochschulen zu verpflanzen. Zunächst ist daran gedacht, an der westfälischen Universität in Münster, dann in Kiel, eine solche Fakultät einzurichten. Auf diese Weise soll die Zusammenführung der Technischen Hochschule mit der Universität gelöst werden, da einer Vereinigung dieser Hochschulen heute wohl unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstehen. Zweifellos ist der günstige Zeitpunkt, zu dem eine solche Vereinigung möglich gewesen wäre, verpaßt worden; vielleicht war dieser Zeitpunkt um die letzte Jahrhundertwende gegeben.

Gegen den Plan der Universität Münster sind von verschiedenen Seiten Bedenken laut geworden. Zunächst haben sich dagegen die am nächsten gelegenen Technischen Hochschulen Aachen und Hannover gewendet. Beide befürchten eine Schädigung einmal durch Abwanderung von Studierenden, zum andern dadurch, daß der weitere Ausbau dieser Hochschulen eine Hemmung erfährt, weil durch die Verwirklichung des Münsterschen Planes erhebliche laufende Geldmittel absorbiert werden, die sonst den Technischen Hochschulen zur Verfügung gestellt werden könnten. Schließlich wird von der Stadt Dortmund die Errichtung einer neuen Technischen Hochschule erstrebt, die die Mauern Dortmunds beherbergen sollen.

Um den Plan Dortmunds vorweg zu nehmen, so ist fraglos die Zeit heute weniger denn je geeignet, eine neue Technische Hochschule zu errichten. Sieht man ganz von der allgemeinen Wirtschaftslage und der Lage der Industrie im besonderen ab — welche Umstände bisher die rheinisch-westfälischen Vereine des Vereins deutscher Ingenieure gegen die Errichtung einer neuen Technischen Hochschule ins Treffen führen — so muß dieser Plan aus folgendem Hauptgrund abgelehnt werden. Wir haben Fachhochschulen genug und der Kampf muß gegen jede neue Fachhochschule gerichtet sein. Denn jede neue Fachhochschule entfernt uns immer weiter von dem zu erstrebenden Ziele der universitas. Man soll nicht einwenden, daß die völlige „Einheit der Wissenschaft“ nicht mehr zu erreichen sei; denn etwas anderes ist es, die Zersplitterung, unter der wir leiden, noch durch neue Fachhochschulen zu vermehren! Und der mit allen Mitteln zu erstrebende Ausbau der bestehenden Technischen Hochschulen zu Landeshochschulen würde durch neue Technische Hochschulen doch nur weiter verzögert, wenn nicht gar verhindert werden.

Dagegen ist die Errichtung einer technischen Fakultät an einer Universität zweifellos ein Versuch auf dem erstrebten Wege. Freilich müssen sich die Technischen Hochschulen darüber klar sein, daß dieser Versuch (wenn er durchschlagen sollte, woran zu zweifeln Gründe nicht vorliegen, vorausgesetzt, daß die Fakultät auf nicht zu schmaler Grundlage errichtet wird) auch eine Gefahr für die Hochschulen

in sich birgt. Eine Gefahr, die auf einem anderen Gebiete liegt, als die Technischen Hochschulen Aachen und Hannover befürchten. Es ist dies die Möglichkeit, daß diese Fakultäten an den Universitäten das Studium ermöglichen, das für die Technischen Hochschulen erstrebt wird: ein allgemeines Studium der Geisteswissenschaften mit starkem Einschluß technischer Bildungselemente, daß an der Universität der Diplom-Ingenieur mit breiter Basis allgemeinen Wissens und einem grundlegenden allgemeinen technischen Wissen gebildet wird, der dann den technischen Geist, das technische Denken in der Verwaltung, in der Öffentlichkeit zur Geltung bringt. Und die Technischen Hochschulen werden dann möglicherweise mehr noch dazu neigen, reine Fachhochschulen zu bleiben.

Die Errichtung der Technischen Fakultät als neue Fakultät an der westfälischen Universität müßte auf die Technischen Hochschulen als ein gewaltiger Ansporn wirken, um alles daran zu setzen, ihren Ausbau zur Universität zu verwirklichen. Gewiß ist dies eine Frage, die von Regierung und Parlament abhängt; aber nicht bloß von diesen Faktoren, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß auch Hemmungen auf diesem Wege durch die Hochschulen selbst aufgerichtet worden sind. Solche müssen zuerst beseitigt werden, wenn die Verwirklichung in Fluß kommen soll. Mit dem bloßen Widerstreben gegen den Münsterschen Plan ist es nicht getan, hier muß positives Streben zum eignen Ausbau in der Richtung der Entwicklung zur wahren Hochschule einsetzen.

Bleibt noch der vielfach erhobene Einwand, daß durch die neue Fakultät ein vermehrter Anreiz geschaffen wird, daß sich junge Leute zum technischen Studium drängen. Es wird die unbestritten Besorgnis erregende Tatsache angeführt, daß heute 100 v. H. Studenten der Technik mehr vorhanden sind als vor dem Kriege. Ohne Zweifel ist darauf einzuwirken, daß diese Zahl vermindert wird. Die Mittel dazu

sind einerseits Aufklärung und intensive Berufsberatung, andererseits aber die rücksichtslose Ausmerzung der ungeeigneten Studierenden durch die Hochschulen. Auf der Tagung der Eisenhüttenleute im November 1926 wurde erneut darauf hingewiesen, daß die Diplom-Ingenieure des Eisenhüttenfaches nicht immer die richtige Einstellung zur Wissenschaft haben. Hier müssen die Hochschulen einsetzen: müssen die zu stellenden wissenschaftlichen Anforderungen — vor allem im Interesse der deutschen Wirtschaft — entsprechend stellen. Und es wird notwendig sein, daß in dieser Hinsicht Technische Hochschulen und Universitätsfakultät Hand in Hand arbeiten. Sonst dürften Qualifikationsunterschiede entstehen, die im Interesse der Diplom-Ingenieure wie auch der Hochschulen vermieden werden müssen.

Der Versuch in Münster sollte nicht bekämpft werden unter der Voraussetzung, daß — wie schon betont wurde — die Fakultät eine entsprechende Breite erhält und daß die dort gebildeten Diplom-Ingenieure den gleichen Bedingungen unterworfen sind, wie an den Technischen Hochschulen. Es dürfen nicht zwei verschiedene Gruppen von Diplom-Ingenieuren geschaffen werden; Diplom-Ingenieure der Technischen Hochschulen und der Universitätsfakultät müssen gleichermaßen den höchsten Anforderungen Genüge tun.

Dazu kommt als notwendige Voraussetzung, unter der der Versuch in Münster zu billigen ist, daß dadurch die weitere Entwicklung der technischen Hochschulen von Staates wegen nicht nur nicht gehemmt, sondern nunmehr beschleunigt gefördert wird. Der Staat, der nicht die Mittel hergibt für die Förderung der höchsten Bildungsstätten seiner kulturschaffenden und kulturtragenden Schicht — und das sind die deutschen Akademiker von je und müssen es bleiben — schädigt am bittersten sich selbst. Noch immer ist es alte Wahrheit, daß die in Bildungsstätten angelegten Mittel dem Volksganzen die beste Verzinsung bringen.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin.

## Verschiedenes

### Zur Einschätzung der Technik

Über allzugroße Wertschätzung der Technik und damit auch der Träger wissenschaftlich-technischer Arbeit haben wir in Deutschland ja bisher nicht gerade zu klagen gehabt. Der Mangel, daß Techniker nur in Ausnahmefällen im Staate oder in den gesetzgebenden Körperschaften, den Parlamenten usw. eine bestimmende Rolle spielen, ist sicher nicht darauf zurückzuführen, daß unter den Technikern keine geeigneten Kräfte und Führernaturen vorhanden wären. Neben anderen Umständen, deren Erörterung auf ein anderes Blatt gehört, ist die Geringschätzung der Technik als bestimmender Kulturfaktor zu einem guten Teile an dieser Erscheinung Schuld. Einen besonders krassen Beitrag zu diesem

Kapitel lieferte der Herr Staatssekretär Popitz im Reichsfinanzministerium. In Gemeinschaft mit dem Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine hat der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure an den Herrn Reichsminister der Finanzen folgenden Brief gerichtet, der eines Kommentares wohl nicht bedarf:

„Herr Minister!

Die unterzeichneten Verbände erlauben sich, ergebenst folgendes vorzutragen:

Nach verschiedenen Mitteilungen der Tages- und Fachpresse wurde im Rahmen einer organisatorischen Umgestaltung innerhalb des Reichsfinanzministeriums die Abteilung IV dieses Ministeriums — Die Ministerialinstanz der Reichsbauverwaltung — aufgelöst und



ihr technischer Ministerialdirektor in Wartegeld versetzt. Die in die Öffentlichkeit gelangten spärlichen Angaben über Art und Umfang dieser Umgestaltung lassen nicht erkennen, ob sie als die sachliche Auswirkung einer als berechtigt anzuerkennenden Vereinfachung des Ministerial-Apparates, von der alle Abteilungen — nicht nur die Technische — betroffen werden, anzusprechen ist, oder als Zeichen dafür, daß die Technik und die Techniker sich im Reichsfinanzministerium keiner Wertschätzung erfreuen.

Wäre das erstere die Ursache der Umgestaltung des Reichsfinanzministeriums, so könnten und würden die unterzeichneten Verbände, die sich stets für eine wirtschaftliche Gestaltung der öffentlichen Verwaltungen eingesetzt haben und es auch weiterhin tun werden, nichts hiergegen einwenden, vorausgesetzt, daß mit gleicher sachlicher Rücksichtslosigkeit auch bei den nichttechnischen Teilen des Finanzministeriums vorgegangen wird. Leider haben die unterzeichneten Verbände berechtigten Anlaß zur Annahme, daß die Ursache der Maßnahme in dem oben als möglich bezeichneten Grunde — Geringschätzung der Technik und der Techniker im Reichsfinanzministerium — zu suchen ist. Wie wäre es sonst denkbar, daß der Herr Staatssekretär Popitz im Reichsfinanzministerium die durch eine Verfügung des Präsidenten eines Landesfinanzamtes in die Presse gelangte Äußerung tun konnte:

„Die Baubeamten sind nicht für Verwaltungsgeschäfte da, sie haben sich auf die rein technischen Fragen zu beschränken, d. h. Baumaterialien in technisch richtiger Weise zusammenzufügen, nicht etwa Geld zu verwalten, Prozesse zu führen, Grundstücksverträge abzuschließen und dgl.“?

Diese Äußerung ist entweder der Ausdruck der Absicht, die Techniker aus Stellungen, die sie bisher innehatten, aus Arbeitsgebieten, die sie bisher beherrschten, bewußt zu verdrängen, um Nichttechniker an ihre Stelle zu setzen, ganz gleich, ob damit dem Wohle der Verwaltung gedient ist, oder sie verrät, daß der Herr Staatssekretär über die Tätigkeit der Techniker, insbesondere auch der seinem Ressort unterstehenden, gar nicht unterrichtet ist. Wie kann man zu einer solchen Ansicht gelangen angesichts der Tatsache, daß nicht nur die große Zahl der Baubeamten beim Reich, bei den Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften, sondern auch als Privatarchitekten und Zivilingenieure alles andere mehr tun, als „Baumaterialien in technisch richtiger Weise zusammensetzen“? Besteht doch die Haupttätigkeit aller Techniker gerade im wirtschaftlichen Verwalten, verlangen doch ihre Auftraggeber, die Bauherren, mit Fug und Recht von ihnen und können sie von ihnen verlangen, daß sie verstehen, „Geld zu verwalten“, und zwar das Geld ihrer Auftraggeber; haben sie doch bei Ausübung dieser Tätigkeit ständig Verträge der verschiedensten Art abzuschließen, und auch Grundstücksverträge, ohne daß bekanntgeworden wäre, daß die von Technikern abgeschlossenen Verträge häufigeren Anfechtungen ausgesetzt sind, wie die von Juristen abgeschlossenen. Eines allerdings tun die Techniker in der Regel nicht, sie führen keine Pro-

zesse, darauf legen sie aber auch gar keinen Wert, dies überlassen sie den hierzu berufenen Juristen.

Wenn der Technik und den Technikern im Reichsfinanzministerium der Geist und die Voreingenommenheit, die aus der Äußerung des Herrn Staatssekretär hervorgehen, gegenüberstehen, dann ist freilich eine rationelle Aufteilung der Arbeitsgebiete des Reichsfinanzressorts zwischen Technikern und Nichttechnikern gar nicht denkbar, dann ist die eingangs genannte Abbaumaßnahme das allerunzweckmäßigste, was ergriffen werden konnte, denn die ist nicht eine sachliche Vereinfachung, sondern, um das Ding beim richtigen Namen zu nennen, eine Maßnahme zum Schutze der Verwaltungsjuristen.

Die unterzeichneten Verbände müssen mit Bedauern aus dieser Äußerung des Herrn Staatssekretärs eine ganz unglaubliche Geringschätzung der Technik und Techniker im Reichsfinanzministerium feststellen und können nicht unterlassen, schärfsten Protest hiergegen zu erheben und gegen die einseitige Bevorzugung des Verwaltungsjuristentums durch die an der Spitze des Ministeriums tätigen Verwaltungsjuristen.“

Steinmetz.

#### Diplom-Ingenieure im höheren Lehrfach

Eine alte Forderung des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure ist es, daß die akademisch-technische Intelligenz Eingang auch in anderen Gebieten findet, daß sie nicht lediglich auf die reine Fachausübung beschränkt bleibt. Das Verständnis für den Techniker und für die Technik ist wesentlich auch für die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Öffentlichkeit, ist aber auch von Bedeutung für ihren sozialen Aufstieg. Für die Volksgesamtheit tut technisches Verständnis, wie nicht weiter begründet und ausgeführt zu werden braucht, nichts weniger denn not.

Um dieses Verständnis zu fördern, ist vor allem Eingang technischen Denkens bei der Jugendheranbildung notwendig. Deshalb hat sich der Verband seit Jahren dafür eingesetzt, daß die Technischen Hochschulen auch für die Heranbildung der Jugenderzieher, der Lehrer, nutzbar gemacht werden. Die Lehrer der höheren Lehranstalten werden bisher an der Technik vorbeigeführt, da ihre Vorbildung an den Universitäten erfolgt. An einigen Technischen Hochschulen — z. B. München — konnten zwar Lehrer der naturwissenschaftlichen Fächer, vornehmlich der Mathematik, ihre Ausbildung teilweise erhalten. Nunmehr ist aber ein Erfolg des Verbandsstrebens dadurch zu verzeichnen, daß in Preußen die Diplom-Prüfung der Technischen Hochschulen bei der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen berücksichtigt wird. Diplom-Ingenieure der Richtung Mathematik, Physik und Chemie erhalten so für die Prüfung als Lehramtskandidaten eine Erleichterung, indem die Diplom-Arbeit als Ersatz einer der Hausarbeiten angerechnet werden kann, während bei der mündlichen Prüfung dem Diplom-Ingenieur die Prüfung in einem Hauptfach erlassen werden kann. Damit ist Diplom-Ingenieuren mit besonderen Neigungen und Fähigkeiten für den Lehrberuf eine Erleichterung bei der Beschreitung dieses Berufes, und dem Diplom-Ingenieur Eingang als naturwissenschaftlicher Lehrer an höheren Lehranstalten geschaffen.

Es steht zu hoffen, daß die anderen Länder diesem Beispiel folgen werden.

Longinus.

# VERBANDSNACHRICHTEN

## Ausschuß

Seit dem letzten Bericht ist dem Ausschuß die Niederschrift der Verhandlungen auf der Ordentlichen Ausschußtagung 1926 (Dortmund) zugegangen. Zur schriftlichen Abstimmung ging an den Ausschuß das A-Rundschreiben Nr. 10, 1926, mit einem Antrag des Vorstandes zur Regelung des auf der Tagung in Dortmund offen gebliebenen § 17 (Aufwandsentschädigungen) der Satzung. Als Schlußzeitpunkt der schriftlichen Abstimmung ist der 15. Januar 1927 festgesetzt.

Anlässlich des Jahreswechsels finden in den BV die Neuwahlen der Vorstände statt. Dabei sind auch die Ausschußmitglieder für 1927 zu wählen und der Verbandsleitung die Gewählten namhaft zu machen. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Ausschußmitglieder durch das ganze Verbandsjahr im Amte sind und nicht erst für die Teilnahme an der Tagung bestimmt werden.

Dem Ausschuß geht demnächst der endgültige Geschäftsbericht 1926 mit Vermögens- sowie Betriebsrechnung 1926 zu.

## Vorstand

Der Vorstand hielt seine letzte Sitzung 1926 am 21. November 1926 in Berlin (Verbandshaus) ab. Anwesend waren sämtliche Vorstandsmitglieder sowie Herr Dr.-Ing. E. H. Schulz, Dortmund, als Gast und zur Einführung in sein Vorstandsamt.

Der Vorstand nahm von dem endgültigen Abschluß des Vertrages betr. Herausgabe der Zeitschrift und den für die Ausführung des Vertrages getroffenen Maßnahmen Kenntnis. Die Beschaffung von Werbeblättern wurde beschlossen und die Geschäftsführung mit der Ausarbeitung beauftragt. Von der Schlußabrechnung über die Kosten der Tagung 1926 nahm der Vorstand Kenntnis; die Kosten haben den Voranschlag nicht ganz erreicht. Beschlossen wurde die Übernahme des auf der Dortmunder Tagung gezeigten VDDI-Films, der zu bestimmten Bedingungen an die BV ausgeliehen werden soll. Die allmähliche Ergänzung des Films wurde beschlossen. Einen breiteren Raum beanspruchte die Erörterung der Ingenieur-Kammer-Frage, über die den BV eine besondere Vorlage zugeleitet werden soll. Das gleiche gilt für die Hochschulfragen, von denen im einzelnen der Stand der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TH Berlin, die Frage der Angliederung technischer Fakultäten an Universitäten und die neue Promotionsordnung der TH Braunschweig eingehend verhandelt wurden. Weiter wurden besprochen: die Verhandlungen mit dem Städtetag, die Frage der Kraftfahrachverständigen und der Diplom-Ingenieure bei der Reichsbahn. Darüber wird an die BV gesondert berichtet werden.

Zum Schluß der von vorm. 10 bis 6 Uhr dauernden Sitzung nahm der Verbandsvorsitzende Gelegenheit, dem aus dem Vorstand scheidenden Herrn Dipl.-Ing. W. Rümelin, Elberfeld, den Dank für seine treue Mitarbeit im Vorstand auszusprechen.

Gemäß der auf der Dortmunder Tagung erfolgten Wahl setzt sich der Vorstand für 1927 folgendermaßen zusammen:

Vorsitzender: Geheimer Regierungsrat Professor Dipl.-Ing. Fr. Romberg, Berlin-Nikolassee, Teutonenstr. 20.  
 Stellv. Vorsitzender: Ministerialrat a. D. Dipl.-Ing. O. Ch. Hirsch, Dresden-N., Bautzener Str. 23.  
 Kassenkurator: Magistratsoberbaurat Dipl.-Ing. W. Schwenke, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 18.  
 Beisitzer: Dipl.-Ing. Carl Weihe, Patentanwalt, Frankfurt a. M., Taunusstr. 1, Schriftleiter der Zeitschrift.  
 Dr.-Ing. G. Nicolai, Prokurist, Halle a. d. S., Magdeburger Str. 35.

Dr.-Ing. E. H. Schulz, Vorstand der Versuchsanstalt der Dortmunder Union, Vereinigte Stahlwerke A. G., Dortmund, Kronprinzenstr. 72.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Verbandsdirektor, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 20.

An den Vorstand gerichtete Zuschriften sind an die Verbandsgeschäftsstelle, Berlin-Lankwitz, Beethovenstraße 20, zu richten.

## Geschäftsführung

Der Arbeitsmarkt für Diplom-Ingenieure hat im letzten Vierteljahr 1926 bemerkenswerte Änderungen nicht erfahren. Er ist nicht schlechter geworden, aber auch keine wesentlich entlastende Verbesserung war zu verzeichnen. Gegen Jahresende hob sich zwar die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas, dem stand aber der noch bei gewissen Firmen fortdauernde Abbau gegenüber. Dazu kam der dauernde Zustrom junger Diplom-Ingenieure, die nur sehr schwer in Anfangsstellungen unterzubringen sind. Für das Jahr 1927 sind Anzeichen vorhanden, daß eine langsame Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage eintritt. Damit wird sich auch der Arbeitsmarkt etwas heben. Gewarnt werden muß aber vor einem größeren Optimismus. Denn den für die weitere wirtschaftliche Entwicklung günstigen Umständen stehen solche gegenüber, die stark hemmend wirken oder sich für die Wirtschaft sehr ungünstig auswirken können. So die Tatsache, daß die in Deutschland vorhandene Arbeitskraft noch auf Jahre hinaus nicht voll ausgenutzt werden kann, so daß mit einer erheblichen Zahl von Arbeitskräften zu rechnen ist, die dauernd brachliegen und der sozialen Fürsorge anheimfallen. Dieser Zustand wirkt dauernd auf den Inlandsmarkt ein, der nicht die Kaufkraft erlangen kann, um der Wirtschaft einen kräftigen Impuls zu geben. Dazu kommt die unklare Lage auf dem innerpolitischen Gebiet, in dem die Vielfalt an Parteien und deren Kräfteverhältnis zueinander eine stabile, einen bestimmten Kurs auf längere Zeit haltende Regierung nicht gewährleistet ist. Ein Beweis für die im letzten Vierteljahr 1926 begonnene Aufwärtsbewegung der Wirtschaft ist die deutlich festzustellende Steigerung der Unternehmergewinne, die Löhne zeigen eine Tendenz zum Steigen. Aber man darf nicht vergessen, daß zwar die deutsche Wirtschaft die so notwendige gründliche Reinigung durchgemacht hat, daß aber noch immer jene stillen Reserven fehlen, die in der Vorkriegszeit der deutschen Wirtschaft ihre bekannte sichere Grundlage gaben. Man darf mit einer ganz allmählichen Besserung der Lage im Jahre 1927 rechnen, wenn nicht die Außen- und Innenpolitik Überraschungen bringt. Über den Verlauf des Arbeitsmarktes in 1926 wird demnächst gesondert berichtet werden.

Ein allgemeines Werbeblatt wurde vor kurzem fertiggestellt und den Bezirksvereinen zur Verwendung übersandt. Die Geschäftsführung hat als gewisse Werbeunterlage eine statistische Untersuchung angestellt, über die den BV ein besonderes Rundschreiben zugegangen ist.

In der Frage der Weiterentwicklung der Technischen Hochschulen konnte den BV der Vortragsdienst Nr. 4 zugestellt werden, der das Thema „Technische Hochschule und Universität“ behandelt.

Der VDDI-Film, der auf der Tagung in Dortmund erstmals gezeigt wurde und sehr beifällige Aufnahme fand, steht gegen geringe Leihgebühr den BV zur Verfügung, worüber den BV Mitteilung zugeht. Er lief inzwischen im BV Breslau und wird demnächst in den BV Mannheim-Ludwigshafen, Barmen-Elberfeld und Hannover abrollen.

Seitens des Preuß. Ministeriums für Volkswohlfahrt sind neue Bestimmungen über die Bestellung von Prüf-

ingenieuren für Statik herausgegeben worden. In dem Ausschuß im Ministerium zur Auswahl der zuzulassenden Prüfingenieure ist der Verband durch den Verbandsdirektor vertreten. Auskunft erteilen die BV auf Grund des ihnen zugegangenen BV-Rundschreibens Nr. 96, 1926.

In der Frage der Anerkennung der Gebührenordnungen für Architekten und Ingenieure ist ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen. Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat den Stundensatz von RM. 8.— als verkehrsübliche Gebühr im Sinne des § 4 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vor Gericht anerkannt. Da die Gerichte sich bei der Festsetzung der „verkehrsüblichen Gebühr“ vielfach auf Gutachten der Industrie- und Handelskammern stützen, ist damit den Sachverständigen eine Handhabe gegeben. Zur Erlangung der Anerkennung der GO bei weiteren

Handelskammern sind Schritte unternommen.

Auf der Tagung in Dortmund konnte eine kurze Mitteilung über Bestrebungen gemacht werden, Mittel vom Reich für eine Nothilfe für betagte Geistesarbeiter zu erlangen. Die Frage ist inzwischen weiter gediehen, indem nunmehr am 17. Dezember 1926 der Reichstag eine Entschließung angenommen hat, durch welche die Regierung ersucht wird, dem Reichstag bei der Beratung des Haushaltes 1927 eine entsprechende Vor-

lage zu machen. Durch BV-Rundschreiben Nr. 99, 1926, sind die BV, unter eingehender Unterrichtung über den bisherigen Verlauf dieser Arbeit, zur Mitarbeit an der Verwirklichung aufgefordert.

**Hochschulausschuß**

Im Anschluß an die Eingabe an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung betr. der auf der Tagung 1926 angenommenen Entschließung (vgl. Z. d. VDDI, 1926, Seite 222) fand inzwischen eine mündliche Verhandlung des Hochschulausschusses mit den Herren Ministerialdirektor Prof. Dr. Richter und Ministerialrat v. Rothenburg im Ministerium statt. Der Hochschulausschuß legte eingehend seine schweren Bedenken gegen die Maßnahmen dar, welche an der TH Berlin zur Einrichtung eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums bisher getroffen wurden, und begründete die vom Verband vertretene Ansicht, daß dieses Studium nicht „mit technischem Einschlag“, sondern „auf technischer Grundlage“ erfolgen müsse. Seitens des Ministeriums wurden entsprechende Maßnahmen zugesagt, um die Einrichtung in diesem Sinne zu entwickeln.

Der Hochschulausschuß hat in Verbindung mit dem BV Berlin in der TH Berlin, wie bereits in Heft 12, 1926 der Z. d. VDDI berichtet, ein „Schwarzes Brett“ eingerichtet, auf dem der BV Berlin auch seine Veranstaltungen anzeigt. Die Abbildung gibt einen Begriff dieser repräsentativen Ankündigung.

An der diesjährigen Tagung der Fachschaft der deutschen Studentenschaft (Tefag), die an der TH Berlin stattfand, war der Hochschulausschuß durch den Verbandsdirektor vertreten, der einen stark beachteten Vortrag über „Der Dipl.-Ingenieur in Staat und Wirtschaft“ hielt. Ferner nahm an der Tagung der Schriftleiter der Zeitschrift, Dipl.-Ing. C. Weihe, teil, der an Hand von Lichtbildern über „Entwicklungsgeschichtliches aus der Technik“ sprach. An anderer Stelle ist darüber ausführlicher berichtet.

**Kommunalausschuß**

Vertreter des Kommunalausschusses hatten in Gemeinschaft mit dem Verbandsdirektor und einem interessierten Landtagsabgeordneten Gelegenheit zu einer Aussprache über den bekannten Beschluß des Vorstandes des Deutschen Städtetages im Hause des Städtetages (Berlin) mit dem Vizepräsidenten des Städtetages. Auf Grund dieser Aussprache sind weitere Schritte in der Frage im Gange, von denen ein Erfolg zu erwarten ist.

**Hilfskasse.**

Die Nöte der heutigen Zeit stellen an die Hilfskasse des Verbandes Anforderungen, denen sie nur dann nachkommen kann, wenn mehr als bisher die Hilfskasse mit freiwilligen Spenden bedacht wird.

Das Kuratorium der Hilfskasse bittet deshalb diejenigen Mitglieder,

welche in festem Einkommen stehen, der Kollegen zu gedenken, die entweder ganz ohne Einkommen sind oder von geringen Renten- oder sonstigen Beträgen mühsam leben müssen. Die Hilfskasse möchte gern allen an sie gelangenden, berechtigten Gesuchen entsprechen. Die Lage der Kasse ist aber auch dadurch erschwert, daß ausgegebene Darlehen infolge der Wirtschaftslage nicht zurückgezahlt werden können.

Herzlichst den Spendern dankend, kann über folgende Beträge quittiert werden:

BV Barmen-Elberfeld (Stammtisch-Sparbüchse) . . . . .	RM 50.—
Dipl.-Ing. Ph. Reuter, Direktor, Essen . . . . .	„ 20.—
„ H. Weber, Unterwellenborn . . . . .	„ 5.—
„ O. Voß, Oberhausen . . . . .	„ 10.—
„ O. Wille, Gleiwitz . . . . .	„ 5.—
„ K. F. Steinmetz, Berlin . . . . .	„ 5.—
„ R. Haase, Prokurist, Braunschweig . . . . .	„ 10.—
„ M. Böttcher, Stettin . . . . .	„ 5.—
„ Kaefes, Berlin . . . . .	„ 5.—
„ H. Leck, Barcelona . . . . .	„ 10.—
„ Jos. Eberle, Direktor, Köln . . . . .	„ 20.—
„ W. Lotz, Stockum . . . . .	„ 10.—
„ E. Schmid, Regierungsbaumeister, Köln . . . . .	„ 10.—
Summa . . . . .	RM 165.—

Wie dringend nötig es ist, der Hilfskasse weitere Mittel zuzuführen, braucht nicht betont zu werden. Um weitere Spenden bittet das Kuratorium! Auch der kleinste Betrag ist dankbar willkommen, und aus vielen kleinen Spenden kann manche dringende Not gelindert werden.

Spenden werden erbeten auf das Postscheckkonto des Verbandes (7527, Postscheckamt Berlin) mit Vermerk „Hilfskasse“ auf dem Abschnitt.

Es gilt den notleidenden Kollegen!

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz

